

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreistellungsanstalt monatlich 1,20 Mark, Einzelverkaufspreis 5,00 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Beilagenzeile oder deren Raum 16,00 Mark, Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15,00 Mark, Reklamen 50,00 Mark, Beilagengebühr 1000 Stück, 250 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



# Lübecker Volksbote

Nummer 237.

Dienstag, 10. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

## Aus unveröffentlichten Wahlrechtsakten.

### Zur Aufdeckung eines kaiserlichen Schwindels.

Weltkrieg, Rapp-Wuttsch, Rathenau-Mord — es ist immer dasselbe! Wenn das Unheil geschehen ist, wälzen die Verantwortlichen die Schuld einer auf den andern ab. Am liebsten auf solche, die nicht mehr reden können. Wilhelm II. setzt jetzt in seinen Memoiren auseinander, daß nur der arme Bethmann schuld daran gewesen sei, wenn es ihm nicht gelang, das deutsche Volk herrlichen Tagen entgegenzuführen. Immer hatte er, Wilhelm, die genialsten Einfälle. Immer hat Bethmann ihm die Geschichte verdorben. Das muß sich der arme Bethmann jetzt sagen lassen, der zu Lebzeiten mit rührender Treue an seinem „gnädigen Herrn“ hing, jetzt aber im Grabe liegt und sich nicht mehr wehren kann.

In dem jüngst erschienenen Abschnitt seiner Phantastien erzählt Wilhelm eine märchenhafte Geschichte von der preussischen Wahlreform. Er, Wilhelm, habe im Laufe des Winter 1914/15 beschlossen, dem „herrlich bewährten Volk in Waffen eine Freude und Anerkennung zu bereiten“. Er habe den Gedanken vertreten, daß der Mann, der mit dem Eisernen Kreuz heimkehre, bei der Wahl nicht mehr „klassifiziert“ werden dürfe. Gerade damals habe auch Herr v. Loebell eine Denkschrift zur Wahlreform eingereicht, die von denselben Gesichtspunkten ausgegangen sei. Bethmann aber habe diese Denkschrift, durch die die Wahlreform in Fluß gebracht werden sollte, dem Ministerium gar nicht vorgelegt, sondern anderthalb Jahre unerledigt im Tischkasten liegen lassen.

Ar dieser Geschichte Wilhelms von der verschleppten Wahlreform ist so ziemlich alles Schwindel. Zu seinem Bech befindet sich die bisher unveröffentlichte Denkschrift von Loebell samt der dazu gehörigen Korrespondenz in unseren Händen. Wir sind also in der Lage, aus den Akten festzustellen, daß Wilhelm die Unwahrheit behauptet, um sich selber in ein gutes Licht zu setzen und seinen toten Reichskanzler herunterzureißen.

Der Plan einer Wahlreform war in der Tat schon im Frühjahr 1915 zwischen Bethmann und Loebell verabredet und von letzterem als dem preussischen Minister des Innern eine Denkschrift dazu verfaßt worden. Die Absicht der beiden war, nach Abschluß des Krieges in Preußen ein abgestuftes Wahlrecht (Pluralwahlrecht) zur Durchführung zu bringen. Sie wußten aber nicht, wie sich „die allerhöchste Stelle“ zu diesem Plan stellen würde und zogen den Kabinettschef von Valentini ins Vertrauen. Dieser telegraphierte am 13. Mai 1915 dem Reichskanzler, der „psychologische Moment“ sei gekommen. Bethmann landete nun sofort die Wahlrechts-Denkschrift an Wilhelm und erhielt sie zwei Tage später mit zustimmenden Randbemerkungen zurück. Ganz glücklich schreibt er an diesem Tage an Loebell: „Nun ist die Bahn frei. Wir besprechen wohl in den nächsten Tagen das weitere Vorgehen.“ Bethmann hatte also auch für seinen damaligen fürchtensamen Plan, nach dem Krieg eine Wahlreform und nicht einmal das gleiche Wahlrecht einzuführen, Hindernisse bei Wilhelm befürchtet und war nun ganz glücklich, daß sie überwunden waren, „die Bahn frei wahr“.

Wilhelm sagt, er habe nicht gewollt, daß die heimkehrenden Krieger als Wähler „klassifiziert“ werden sollen. Aber nach der Loebellschen Denkschrift, die er mit der Jenjur „Sehr gut“ und „Eindeutigen“ verjaß, sollten die Wähler auch weiterhin „klassifiziert“ werden, nur nach einer anderen Methode. Der unflare Kopf Wilhelms kann diese Dinge wohl nicht auseinanderhalten, oder es liegt ein, dann allerdings sehr plumper Versuch vor, die Oeffentlichkeit irrezuführen.

Wie aber liegt es mit der Verschleppung der Wahlreform durch Bethmann? Es ist schon gesagt, daß die Denkschrift von dem Gedanken ausgeht, mit der Wahlreform sei erst nach Kriegsschluss zu beginnen. Verfaßt wurde die Denkschrift im Frühjahr 1915. Anderthalb Jahre später war Herbst 1916. Damals war bekanntlich aber immer noch Krieg. Was Wunder, wenn die Denkschrift auch immer noch in Bethmanns Schublade lag?

In der Denkschrift wird gesagt, das Vorgehen der Regierung müsse in diesem Fall „den Charakter des überraschenden Handstreichs“ tragen. Die offizielle Presse müsse unbedingt Stille halten. Dazu bemerkt Wilhelm II. am Rande: „Die muß mal zur Disziplin gezwungen werden unter eventl. Fortjagen unsicherer Beamter.“ In der Denkschrift heißt es weiter: „Inhalt, Zeitpunkt und Regierungsabsicht sind vollkommen im ungewissen zu lassen.“ Dazu schreibt Wilhelm: „Vorbedingung.“ In der Denkschrift heißt es weiter: „Lange Vorverhandlungen mit den Fraktionsführern sind nicht empfehlenswert.“ Dazu Wilhelm: „Unter keinen Umständen!“

Also, Wilhelm hat selbst auf strengste Diskretion gedrungen, bis es so weit war, das heißt, bis der Krieg abgeschlossen und die Absicht der Regierung enthüllt werden konnte. Jetzt aber stellt sich der Mann hin und erklärt, er sei ganz

entsetzt darüber gewesen, daß Bethmann die Denkschrift anderthalb Jahre in seinem Tischkasten habe lagern lassen.

Diese Feststellungen genügen wohl, um Wilhelm den letzten moralisch zu erledigen. Die Wahlrechts-Denkschrift von 1915 samt ihren kaiserlichen Randbemerkungen ist aber doch so interessant, daß noch einiges aus ihr wiedergegeben zu werden verdient.

Wie schon erwähnt, fällt die Denkschrift den Zeitpunkt nach Aufhebung des Kriegszustandes, aber noch vor dem Abschluß des Friedens, für den gegebenen, um mit einer Wahlrechtsvorlage herauszukommen. Darüber heißt es dann weiter wörtlich:

Es wäre nicht nur nicht nötig, sondern auch nicht günstig, die Aktion einzuleiten, wenn der Friedensschluss schon perfekt ist. Zu dem gewählten Zeitpunkt würde entweder über die Friedenspräliminarien verhandelt werden oder, wofür die größere Wahrscheinlichkeit spricht, es würde die Wahlreform in die Zeit fallen, in der ein europäischer Friedenskongress tagt. (Kaiserliche Randbemerkung: Den dulde ich nicht!)

Bemerkenswert ist, daß die Denkschrift in schärfster Weise gegen die Konservativen Stellung nimmt, bemerkenswert um so mehr, als Herr von Loebell damals von der konservativen Partei noch ganz als ihr Vertrauensmann im Amte behandelt wurde. Herr von Loebell zeichnet die Konservativen als die Leute, die dadurch, daß sie die Erfüllung des königlichen Wahlrechtsversprechens von 1908 verhinderten, die Monarchie untergraben. Ihr Verfahren komme einer Minderung der Kronrechte gleich. Das Ansehen des preussischen Staates und der Krone Preußens erforderten aber eine deutliche Festigung des Regierungswillens gegenüber dem Parlamentarismus. (Randbemerkung: „Absolut!“) Es wird beklagt, daß sich die konservative Partei ihrer früheren gouvernementalen Tendenzen gebehe (Randbemerkung: Richtig!) Eine konservative Partei, die die parlamentarische Macht um ihrer selbst willen gegen die Regierungsmacht einsetze, würde auf das gesamte Staatswesen der Monarchie destruktiver als eine demokratische Partei in gleicher Kampfstellung. (Randbemerkung: Natürlich!) Weiter heißt es wörtlich, wobei die kaiserlichen Randbemerkungen in Klammern eingefügt sind:

Die stärkste Partei des Abgeordnetenhauses, die konservative, befindet sich gegenwärtig in denkbar unbehaglicher Lage. Und sie hat auch vom Ausgang des Krieges keine Stärkung ihrer Stellung zu erwarten. Zwar wird auch dieser, wie noch jeder allgemeine nationale Aufschwung, die konservative Denkungsart im Volke stärken. Aber die Stärkung wird sich innerhalb der Parteien vollziehen und den Konservativen als Partei nicht zugute kommen. Diese Tatsache ist eine nur zu natürliche Folge der Haltung, die die konservative Partei seit 1908 eingenommen hat, das heißt seit Beginn des Kampfes um die Reichsfinanzreform von 1909. (Mit Bülow gegen den König!) Mit der Aufgabe der traditionellen national-gouvernementalen Haltung hat die konservative Partei den bevorrechtigten Platz unter den nationalen Parteien verloren (Richtig!), der ihr sehr lange Zeit hindurch willig und mit Recht eingeräumt worden. Die ehemalige Auffassung im Volk, daß Konservatismus gleichsam identisch ist mit höchstgeartetem Patriotismus, hat sich verloren. Die konservative Partei wird vom patriotischen Aufschwung der Kriegszeit wenig oder gar keinen Gewinn haben. Das weiß sie auch sehr wohl und sie weiß auch, warum sie die Diskussion über das sogenannte „Kriegsziel“ auf ihre Schultern genommen hat.

Die gesperrt gedruckten Stellen sind von Wilhelm II. höchst eigenhändig unterstrichen.

Es wird dann die Notwendigkeit erörtert, auch die Freisinnigen für das Pluralwahlrecht zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit heißt es, es werde wohl notwendig sein, die Zustimmung des Freisinn „durch Zugeständnisse anderer Art zu erhandeln“. Weiter heißt es wörtlich:

Ein Teil der Lieblingswünsche des Freisinn ist ja politisch sehr harmloser Art. Sehr empfänglich hat sich der Freisinn stets für gewisse Neuherlichkeiten gezeigt. In Personalfragen kann manches geschehen, auch schon während des Krieges. Auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik werden Zugeständnisse möglich sein.

Das also war die Einschätzung, die der bürgerlichen Demokratie dank ihrer absonderlichen Zähmheit von Seiten der königlich preussischen Staatsregierung zuteil wurde. Von der Sozialdemokratie heißt es dann:

Die Sozialdemokratie weicht gerade in ihren staatsrechtlichen Anschauungen so weit von dem Wege ab, an dem die Regierung gebunden bleiben muß, daß auf ihre Mitwirkung an der Wahlreform von vornherein verzichtet werden muß.

Dazu macht Wilhelm II. die nur ihn selber kennzeichnende Randbemerkung: „Vielleicht kommt sie aus Eitelkeit mit?“ Wie man selber ist, so denkt man von anderen. Wenn aber Wil-

helm II. es für möglich hielt, daß die Sozialdemokratie sich mit einem Pluralwahlrecht befassen würde, so zeigt das nur, wie gar keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen dieser Mann gehabt hat.

Die Konservativen, die sich jetzt die Deutschnationalen nennen, haben dann ihr verbrecherisches Spiel gegen jegliche Wahlreform bis zu Ende des Krieges fortgesetzt. Sie gaben es, wie aus den Erinnerungen des Oberbürgermeisters Wermuth hervorgeht, erst auf, als die Oberste Heeresleitung ihre Waffenstillstandsbitte ausgesprochen und sich dann telegraphisch an das Herrenhaus gewandt hatte mit dem dringenden Wunsch, der nun notwendig gewordenen Demokratisierung des Wahlrechts keine Hindernisse mehr zu bereiten. Das hartnäckig bekämpfte gleiche Wahlrecht sollte nun auf einmal die Planke werden, auf die die Herrschenden ihre Herrlichkeit retteten. Das Spiel mißlang, und indem es mißlang, hat sich ein Akt historischer Gerechtigkeit vollzogen.

### Die Militär-Konvention von Mudania.

Paris, den 9. Oktober.

„Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel über die Verhandlungen von Mudania: Auf der Basis der Instruktionen, die dem griechischen Bevollmächtigten zugehen werden, soll eine Militär-Konvention ausgearbeitet und den Türken vorgelegt werden, die sie unterschreiben sollen.

### Griechenland räumt Ost-Thrazien.

Paris, 9. Oktober.

Das Athener Pressebureau veröffentlicht folgende Note: Der griechische Ministerrat ist gestern zusammengesessen und hat die Telegramme Benizelos einer eingehenden Beratung unterzogen. Er hat beschlossen, einen neuen Beweis des verblühenden Geistes Griechenlands zu geben und dem Verlangen der Alliierten in größtem Maße entgegenzukommen, das Opfer der Räumung Ost-Thraziens zu bringen. Der Ministerpräsident wird die Verhandlungen nur noch bezüglich der Daten der Räumung des Landes fortführen.

### Italienische Drohung an Oesterreich.

Rom, 10. Oktober.

de Facta hatte eine eingehende Besprechung mit dem Generalsekretär der Fasisten, der namens der Parteileitung die schleunige Kammerauflösung und Neuwahlen verlangte. Obschon der Generalsekretär keine ganze Beredbarkeit aufzubringen gelang es ihm nicht, Facta zu überzeugen. Facta trug vielmehr die Gelegenheit dem Ministerrat vor, der beschloß, die Frage der Kammer vorzulegen und sie am Monatsende zusammen zu prüfen. Mussolino richtete an den Ministerpräsidenten, den Außenminister und den Schatzminister die Aufforderung an, die hestigen Italien feindlichen Sprache der Wiener Presse die Auszahlung der zweiten Rate der Hilfs-gelder an Oesterreich einzustellen. Der Außenminister antwortet, er habe sich mit dem Schatzminister in Verbindung gesetzt und den italienischen Gesandten in Wien angewiesen, gegen den Ton der Wiener Presse energisch zu protestieren.

### Beginn der Ausgleichsverhandlungen in Berlin.

Berlin, 10. Oktober.

Von zuständiger Stelle wird der Telegraphen-Union bekannt, daß die Leiter des englischen und französischen Ausgleichsakes Greg und Alphand in Berlin eingetroffen sind. Es haben auch bereits gestern und vorgestern Vorbereitungen über die Neuregelung der Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren begonnen. Es wird darauf hingewiesen, daß außer Frankreich und England auch noch andere alliierte Mächte, die an dem Ausgleichsverfahren interessiert sind, in erster Linie Belgien, an den Verhandlungen teilnehmen werden. Es ist beabsichtigt, daß am 13. Oktober Verhandlungen mit den Leitern familiärer interessierter Ausgleichsamter stattfinden sollen.

### Schluß der Gewerbechau.

München, 9. Oktober.

Heute Vormittag fand die Schlußfeier statt, mit der die Gewerbechau ihr Ende fand. Man erfuhr dabei, daß die Gewerbechau von über 3 Millionen Menschen besucht wurde. Das Unternehmen ist finanziell gesichert. Der gezeichnete Garantiefonds braucht nicht angegriffen zu werden. Graf Verchenfeld dankte all denen, die sich um die Gewerbechau verdient gemacht haben.

Dollar von 3000 auf 2900 gesunken.

# Der Rathenau-Mord vor dem Staatsgerichtshof.

## Ein neues Attentat? — Sechster Verhandlungstag.

SPD. Leipzig, 9. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die Vormittagsitzung war insofern von Wichtigkeit, als wir diesmal von autoritativer Seite zum erstenmal die Tatsache vernahmen, daß wir in diesem Prozeß verwickelt auf eine Ausbedung der Beziehungen zwischen den Mördern und Anstiftern warten werden. Wir haben es vom Präsidenten Hagens selbst und wir zweifeln nicht mehr daran, daß es der Prozeß gegen die Mörder in der Königsallee ist, nicht der Prozeß gegen die wirklich Schuldigen, die hinter den Jünglingen standen.

Der Inhalt der Briefe, die Lubendorff an den Angeklagten Günther geschrieben hat, mag äußerlich ein mehr oder weniger harmloser sein. Die Tatsache, daß Lubendorff den psychopathischen Nationalisten und Antisemiten, dem aus eigener Machtvollkommenheit avancierten türkischen Leutnant, dem psychopathischen Nationalisten und Antisemiten, dem akademischen Bürger ohne Ehrgefühl, dem Geheimbündler aus Krankheit, daß Lubendorff diesem Günther zehn bis zwölf Briefe geschrieben hat, von denen die meisten etwa zwei Seiten lang sind — diese Tatsache offenbart die ganze Geistigkeit des kaiserlichen Regimes der großen Zeit, deren Führer eben dieser Lubendorff ist. Nicht etwa mit der Schreibmaschine sind diese Briefe geschrieben, wie Briefe autoritärer Persönlichkeiten an kleine und distanzierte Menschen geschrieben sind, sondern mit der Hand, und die Anrede lautet: „Mein lieber Günther!“

Wie dem auch sei: ob man bei Günther das Verbrechen hervorhebt oder die Krankheit, Herr Lubendorff ist blamiert. Die diese Wand aus Lüge und Verdrehung, diese Wand, hinter der die nationalpolitischen Kräfte sich verbergen, um die unwichtigen Veranlassungen preiszugeben, wird leider nicht zerstört. Raum hat der Beißiger Jäckel angefangen, sich mit Lubendorff zu befassen und schon bemerkt der Präsident: „Wir haben es hier nicht mit Lubendorff zu tun, sondern nur mit dem Angeklagten Günther.“ Dieser ist schrittweise einer der Köpfe der nationalpolitischen Mördertruppe. Was nützt es uns, wenn wir ihn treffen, da die Köpfe doppelt nachwachsen, solange Politiker, Journalisten und Geldgeber nicht getroffen sind, die der Hydra erst das Leben geben. In diesem Prozeß tötet der Sinn für Formalismus die wichtige Sachlichkeit.

Die Mitglieder des Deutschnationalen Jugendbundes, der angeblich kein politischer Verein ist, wie sein Vorsitzender, der Studentrat Reich, heute erklärte, sind Schüler im Alter von 13—18 Jahren. Das sind jene Jungen, die den Studenten Günther nach dem Rathenau-Mord begrüßten und die ihren sogenannten Lehrenden jenseits der großen Türe abhielten, an dem ganz Deutschland in große Bedrängnis geführt worden war. Auf die Frage, ob die 13—18jährigen ihren Absichten gegen den Mordmord kundgegeben haben, mußte sogar der nationale Entlastungszeuge Reich mit Nein antworten. Der Nationale Jugendbund hat die Aufgabe, den Geist von Potsdam zu pflegen, sagte der Studentrat. Er ist antisemitisch und unter Antisemitismus versteht man im Nationalen Jugendbund den Kampf gegen Materialismus und Zerlegung. Die 13jährigen also lernen bereits den Materialismus, wie ihn der Nationalist versteht, bekämpfen. Nicht etwa jener Materialismus, der Wilhelm II. als Lantienemischer kennzeichnet, nicht etwa den Materialismus, wie er die Geldgeber der Mordorganisationen kennzeichnet und auch nicht jenen Geist der Zerlegung, der Bayern loszrennen will vom Reich, der sich bemüht, Zwietracht im deutschen Volk zu säen, um den Monarchismus zu ernien. Das ist für den Studentrat und seinen Jugendbund keine Zerlegung. Und wenn er diese Rubrikzählung mit solchen Anschauungen füttert, die der Republik schädlich sind, wenn er die Zerlegung fördert, indem er unreife Köpfe gegen angebliche Störungsgewalt mobilisiert — so nennt er das unpolitisch. So behauptet er der Begriff „politisch“ nicht.

Man kann der Verteidigung garnicht dankbar genug sein für diesen Entlastungszeugen, der in Wirklichkeit belägen wird, aus diesem Munde wir erfahren, daß in unseren Schulen schon den 13jährigen in den Gegenständen: Materialismus und Zerlegung unterrichtet werden. Dann wundern man sich nicht, daß die 16jährigen schon morben. Die 13jährigen sind noch gleichgültig, die 16jährigen aktiv. Die Bezeichnung lautet „Unpolitisch“, die Fische sind politische Handgranaten. Man läßt den Nationalismus und erntet Programme.

SPD. Leipzig, 9. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen stellt der Vorsitzende fest, daß das Ergebnis der Untersuchung über die Entlastung der Angeklagten am letzten Sonnabend den Verdacht nicht ausschließt, daß ein Attentat auf die Geistesfreiheit oder sogar das Leben eines der Angeklagten vorliegt. Dieser Verdacht habe zu einer Reihe von verächtlichen Sicherheitsmaßnahmen Anlaß gegeben. Zunächst wurde die Zahl der Zuhörer sehr wesentlich eingeschränkt und die Pressebeschränkung verschärft. — Im Saal erzählt man inzwischen von einem

### Neuen geplanten Anschlag

auf den Angeklagten Waj, der sich bekanntlich nicht in Untersuchungshaft befindet. Waj war am Sonnabend nachmittags in der Vorhalle eines ihm bekannten Speisens. Er entließ von einer Dame Mitteilung, daß Herr Waj im Rebenzimmer über ihn telefonieren und sagen: „Daß ich hier.“ Es wird so gemacht, daß wir ihm eine Inszenierung geben; er hat überhört, dann sind wir in der Mordzeit und sind ihn los.“ Zunächst haben die Herren, namens A. Madenka, in diesem Sinne später verurteilt, einen Zusammenstoß mit Waj herbeizuführen, der jedoch nicht gelang. Als eine Dame sich in die Angelegenheit einmischte, sagte einer der Männer: „Wir kommen aus einer Jäger-Verammlung am Südwasser, und dort ist beschlossen worden, daß Sie, Herr Waj, und Günther erledigt werden.“ Der Staatsgerichtshof dürfte sich mit diesen Angaben noch näher beschäftigen.

Zu Beginn der Verhandlung wird der Angekl. Günth. er über seine Beziehungen vernommen.

### Günther gibt an, wie Helfert, Lubendorff und Jagow bekannt gemacht zu sein.

Die Briefe Lubendorffs und Jagows an Günther, die durchsichtig mit der Hand geschrieben sind, bestanden sich bei dem Akt des Schreibens. — Vors.: „Wozum wollten Sie sich an Helfert?“ — Angekl.: „Ich sah ihn damals häufig, weil von der nationalpolitischen Vereinigung keine Beschränkung angewandt wurde.“ — Oberstaatsanwalt: „Wozum kamen Sie das erste mal mit Lubendorff zusammen?“ — Angekl.: „Im September 1919 gelegentlich der Hindenburgfeier, die die deutsch-nationale Jugendbewegung veranstaltete. Ich habe ihn gesehen, wie Helfert zu helfen.“

Hierbei gibt der Oberstaatsanwalt D. Schlegel ein Gutachten über den Schriftverkehr Lubendorffs ab. Er bezeichnet ihn als einen

Nach einer halbstündigen Pause wurde dann das Verhör mit

### Tillessen

fortgesetzt. Er bestätigt, gegenüber Brüdigung gesagt zu haben, Rathenau müsse über den Hofen geschossen werden, bebauert aber jetzt diese Worte. — Vors.: „Sie haben bei der ersten Vernehmung erklärt, daß Sie in den kritischen Tagen vom 21. bis 24. Juli nicht in Berlin gewesen wären.“ — Angekl.: „Es ist mir außerordentlich peinlich, daß ich in Berlin zufällig mit den nachmaligen Rathenau-Mördern zusammengekommen bin.“ — Vors.: „Sie haben wohl deswegen im ersten Verhör angegeben, daß Sie nicht nach Berlin, sondern nach Malsburg gefahren sind?“ — Angekl.: „Sowohl, ich übernachtete in meinem Berliner Marmarquartier, das ich in der Brigadezeit benutzt habe. Dort rief Salomon an, der nach Briefen von Brandt fragte. Brandt erzählte, man habe ein großes Unternehmen vor. Später sagte er, daß Kern Rathenau ermorden wolle. Ich sagte zu Brandt: „Seid Ihr denn wahrhaftig geworden?“ Brandt antwortete: „Sei stille, ich sollte Dir nichts sagen, laß Dir alles von Kern erzählen.“ Ich wiederholte, daß ein Attentat nur einen Mörder aus Rathenau mache und daß ich die Tat verabsichere. Nachdem ich darauf hinwies, daß man doch mit dem Anschlag auf Scheidemann genug haben müßte, antwortete Brandt, er hätte Kern und Fischer aus dem Plan abreden wollen, aber Kern lasse nicht mit sich reden. Später wollte ich Kern und Fischer von ihrer Absicht abbringen. Wir trafen uns im Tucherbräu. Kern sagte mir: „Wir haben große Geschäfte vor.“ Ich erwiderte: „Wenn Du die meinst, die Brandt mir erzählt hat, dann schweige.“ Abends fuhr ich mit Kern und Fischer nach Hundehufe. Wir unterhielten uns zuerst lässlich. Später verließ Kern diesen Standpunkt und nannte Rathenau einen Bolschewisten, der mit Reden sympathisierte. Kern meinte, der Tod Rathenaus würde die Umwandlung der ganzen Regierung bedeuten. Ich sagte: „Du mußt doch zugeben, daß dies ein feiger Mord ist.“ Kern äußerte aber immer wieder: „Die Flucht ist vollkommen vorbereitet. Wir haben nur kein Geld.“ — Vors.: „Wollte er Geld von Ihnen?“ — Angekl.: „Nein.“ — Vors.: „Sie bestritten jede Beteiligung an dem Mord und wollen auch keine Kenntnis davon gehabt haben?“ — Angekl.: „Das weiß ich nicht, ob ich das so bestritten kann.“ — Vors.: „Es besteht doch die Verpflichtung, wenn man von einem Mordplan hört, ihn anzuzeigen.“ — Angekl.: „Da ich Kern sehr gern mochte, glaube ich nicht, daß mir der Gedanke gekommen wäre, ihn anzuzeigen.“

Rechtsanwalt Dr. Bloch: „Haben Sie zu Brüdigung gesagt: Das ist mein Brüdiger, der Erbrüger abgekehrt hat, wie es in der Presse bekannt ist?“ — Angekl.: „Nein, als Brüdigung zu mir kam, habe ich gesagt: Das ist mein Brüdiger, der Erbrüger gefüllt haben soll. Eine Lächerlichkeit liegt mir fern, und was zur See gefahren ist, wird den Ausbruch „Hilfen“, d. h. töten, können und mich verstehen.“

Nach einer kurzen Pause, die eingelegt werden mußte, weil der Angeklagte Warnede sich nicht fühlte, wurde der Angeklagte Schriftleiter Plas vernommen. Der Angeklagte will weder Mitglied der Organisation C noch der Orgeja gewesen sein. — Vors.: „Hat Tillessen gesagt: „Wenn wir wirklich den Bolschewismus in Deutschland bekommen, dann ist es immer noch Zeit, Rathenau niederzuschicken und dann sich selbst eine Kugel ins Herz zu jagen?“ — Angekl.: „Brüdigung hat bei uns sehr spontane Angaben gemacht. So sagte er, wir wären dem Bolschewismus verfallen, und es gebe nur eine Rettung, die Arbeiter dadurch auf die Straße zu bringen, daß man die jüdischen Arbeiterführer ermorde. Er selbst habe sich zu dieser Zeit angeboten, und darauf hat wohl Tillessen diese Neuerung getan.“ Plas äußert sich dann weiter über seine Berliner Reise, die er zusammen mit Tillessen unternommen hat, nachdem die beiden vorher Brandt in Jena aufgesucht, aber nicht angetroffen hatten. Die Reise habe den Zweck gehabt, eine Beiprochung über die Aufnahme des Bundesverbandes Helfen des Verbandes nationalgermanischer Soldaten in den neudeutschen Bund herbeizuführen. In Brandts Wohnung in Berlin habe man dann Salomon angetroffen, der gelegentlich eines Spazierganges erzählt habe, daß Kern und Fischer in Berlin seien und Kern den Plan habe, Rathenau vom Auto aus zu erschießen. Das Auto wäre schon beschafft, und es alle dem sei anzunehmen gewesen, daß der Anschlag bereits für die nächste Zeit geplant war. Bei der Zusammenkunft im Tucherbräu mit Kern und Fischer habe Kern wohl seinen Plan entwickeln wollen, Tillessen habe ihm aber das Wort abgeknippt. Ein später hätten Kern und Fischer eine Autofahrt mit Tillessen unternommen, auf der dann wahrscheinlich der Plan erörtert worden sei. — Vors.: „Haben Sie denn nicht abgelehnt?“ — Angekl.: „Ich habe die Sache nicht recht ernst genommen. Als ich weiter hörte, daß Kern sogar eine Handgranate werfen wollte, erlöste mich die ganze Sache so lächerlich, daß ich Kern damit ausgezogen und genötigt habe.“ — Vors.: „Kam Ihnen nicht zum Bewusstsein, daß Sie die Verhaftung hatten, von dem Mordplan Anzeige zu machen?“ — Angekl.: „Ich hielt den Plan für endgültig begraben.“ — Vors.: „War vorher über die Art der Ausführung schon gesprochen worden?“ — Angekl.: „Ja, Kern wollte das Auto Rathenau mit einem anderen Auto überfallen und Rathenau mit der Pistole erschießen.“ — Vors.: „Wie fanden Sie zu der Tat?“ — Angekl.: „Ich habe sie unbedingt verurteilt.“ — Der Angeklagte Niedrig erklärt dann noch auf Betragen, daß er den Mord an Rathenau gebilligt habe.

Hierbei war die Vernehmung sämtlicher Angeklagten beendet. Es wurde in die

### Beweisaufnahme

eingelesen. Zunächst wurde Kriminalkommissar Fuchs von der Abteilung I des Berliner Polizeipräsidiums über die von ihm ausgeführte Vernehmung Wemanns vernommen. Er befundet, daß Wemann bei seiner Festnahme in Schwerin folgende Aussage abgegeben, später aber auf dem Berliner Polizeipräsidium seine Behauptungen freiwillig machte. Kriminalkommissar Göpper schilderte die erste Vernehmung des Angeklagten Plas, der ebenso wie Tillessen bestritten habe, er hätte nicht an die Verwirklichung des Mordplanes geglaubt. Später habe Plas hinzugefügt, er hätte keine Werbung gemacht, weil er keine Kametaden nicht vertreten wollte.

Auf Aufforderung seiner Verteidiger schilderte Tillessen folgendes aus seiner Vernehmung: Bei meiner Vernehmung sagte mir der Kommissar Göpper, die Festnahme Kerns und Fischers ist nur noch eine Frage von Tagen, was würden Sie tun, wenn wir die beiden Ihnen hier gegenüberstellen. Da habe ich die Hände gebellt, die Hände aneinandergerichtet und gesagt: Wenn ich die Kerle hier hätte, dann würde ich sie mit den Köpfen aneinander hauen, weil sie nicht Ordre pariert haben. — Jense Göpper bestätigt diese Darstellung. Nach der Vernehmung weiterer Kriminalkommissare, die wesentlich Neues nicht ergibt, schließt das Gericht zum Verhör des Syndikassessors Reich ab. Reich soll Auskunft geben über die Vorgänge auf dem Festabend des Deutschnationalen Jugendbundes vom 21. Juli. Er bezeugt: Günther wurde begrüßt mit den Worten: „Hi Hi (das ist kein Spitzname), Du bist doch der Mörder Rathenau.“ Das wurde aber nur aus Höflichkeit gesagt, denn Günther hatte immer sofort auf die Tat geantwortet und sich nicht geäußert. Wir haben ihn auch manchmal, wenn es hier, daß in Oberhessen ein Jugendtag war. Ja, Günther, ich bin Du doch herzlich gewesen.“ Es geschah dies ebenfalls

nur, um ihn aufzuheitern. Ich habe auf dem Abend eine Rede gegen die Ermordung Rathenaus gehalten und habe es als undeutsch bezeichnet, einen politischen Gegner über den Haufen zu schleßen und dann das Weite zu suchen. — Auf weiteres Betragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß der Festabend gewissermaßen ein Fest bedeute. Es seien religiöse Themata und Gegenstände der Jugendbewegung besprochen worden; die Stimmung habe unter dem Eindruck des Mordes gelitten. — Der Zeuge Reichswalt: Haben Sie gewußt, daß Günther schon an diesem Tage benannt hatte, er sei an dem Mord beteiligt gewesen? — Zeuge: Nein. Ich weiß wohl, daß er nachher einigen Jungen erzählt hat, daß Rathenau mit einem Koffer in das Auto überholt werden sollte und da hat man ihn einfach ausgelacht. — Beißiger Hartmann: Haben Ihre Jungen das Verbrechen nicht gemißbilligt? — Zeuge: Sie verhielten sich ziemlich ablehnend. Es handelt sich um Jungen von 13—18 Jahren. — Beißiger Hermann Müller: Fördert die Schule die Mitgliedschaft an solchen politischen Vereinen? — Zeuge: Der Deutschnationalen Jugendbund ist kein politischer Verein. Sein Ziel ist preußisches Wesen und Pflichterfüllung zu fördern. — Beißiger Hermann Müller: Ist denn die Schule gegenüber solchen Festereignissen? — Zeuge: Die Schule duldet die verschiedenen Vereine, wie Wandervogel- und Wandervereine. Auf der einen Seite pflegt man den Geist von Weimar, während wir den Geist von Potsdam als Kulturpatron der Deutschen betrachten und ihn nicht untergehen lassen wollen. Pflichterfüllung bedeutet bei uns, daß jeder auf seinem Platz arbeiten soll, wo er hingestellt ist. — Beißiger Fehrenbach: Mit diesem Begriff von preußischem Geist, bringen Sie das nicht-preußische Deutschland in einen Gegensatz zur Pflichterfüllung. Glauben Sie, daß Sie mit solchen Gegensätzen den nichtpolitischen Charakter des Jugendbundes dokumentieren können? — Zeuge: Es ist mir nicht eingefallen, zwischen Preußen und den übrigen Staaten einen Gegensatz zu betonen. Uebrigens ist der Deutschnationalen Jugendbund älter als die Deutsch-nationale Partei. — Beißiger Jäckel: Ist im Deutschnationalen Jugendbund nicht auch Antisemitismus zu verzeichnen? — Zeuge: Sowohl, wenn man unter Antisemitismus den Kampf gegen Materialismus und Zerlegung versteht. — Vors.: Ist es denn gleichbedeutend, Jude und Materialist zu sein? — Zeuge: Man definiert es heute doch so. Den Vorwurf des Materialismus erheben wir allerdings nur gegen eine bestimmte Richtung des Substantivs. — Vors. (als Beißiger Jäckel weiter fragen will): Das ist ja hier ein reines Inquisitionsthorium der politischen Ueberzeugung des Zeugen. — Zeuge: Ich bin mir jedenfalls bewußt, daß es schwarze und weiße Juden gibt. — Beißiger Jäckel: Also hat der Antisemitismus im Deutschnationalen Jugendbund doch eine Stätte? Als der Zeuge Reich hierauf antworten will und auch seitens der Verteidigung noch weitere Fragen gestellt werden sollen, schneidet der Vorsitzende diese Debatte ab mit dem Bemerkung, daß diese Erörterung nicht zur Sache gehöre.

Hierauf wird die Sitzung auf Dienstag 9 Uhr vertagt. Voraussichtlich dürfte die Beweisaufnahme am heutigen Dienstag zu Ende gehen, jedoch am Mittwoch mit den Plädoyers begonnen werden kann.

## Die Arbeitszeit der Angestellten.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit der Angestellten. Die vom Unterausschuß beschlossenen Ausnahmen über den Geltungsbereich des Gesetzes wurden gegen die Stimmen der Arbeitnehmer angenommen. Dieser hatte beantragt, daß auch Angestellte, die im Dienst des Reiches oder der Länder zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben beschäftigt werden, Angestellte in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, in Verkehrsberrieben, der Fischerei, der See- und Binnenwasserfahrt unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen sollen. Bei Behandlung des zweiten Abschnittes des Entwurfs, der die Arbeitszeit im allgemeinen regelt, wurde die Beratung über § 5 zurückgestellt. Mit 14 gegen 9 Stimmen wurde die Bestimmung, nach der die 56 Stunden-Woche für ununterbrochene Betriebe festgesetzt wird, getilgt. Nach § 7 dürfen ständig beschäftigte Angestellte neben ihrer Haupttätigkeit eine häusliche gewerbliche Arbeit nur dann ausüben, wenn die Arbeitszeiten zusammen die nach dem Gesetz zulässigen Grenzen nicht überschreiten. Zum Schutze der Jugendlichen und der Wöchnerinnen wurden dieselben Bestimmungen wie im Gesetz über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter beschlossen. Nach der täglichen Arbeitszeit ist dem Angestellten nach § 10 des Gesetzes eine ununterbrochene Ruhepause von 12 Stunden zu gewähren. Ausnahmen sollen auf tariflichem Wege zwischen den Organisationen vereinbart werden. Die Beschlussfassung wurde ausgesetzt. Die Bestimmungen über Aufsicht, Strafen, Ausführungs- und Schlußbestimmungen wurden im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Montag in der fortgesetzten Beratung über das Verschönerungsgesetz für Angestellte, in der Hauptsache mit der Selbstverwaltung. Diese soll erweitert werden. Nach Ansicht der Regierung kann sich die Aufsicht auf die Beobachtung von Gesetz und Satzung beschränken. Die Regierung schlägt neun Beitragsklassen vor, deren Beiträge sich von 35 Mark in der untersten Klasse (bis 3600 Mk. Gehalt) auf 4850 Mk. in der höchsten Klasse (36 800 Mk. und mehr Gehalt) steigern. Nachdem noch über die Zusammenfassung und die Befugnisse des Verwaltungsrats nach Anträgen des Gen. Aufsichtsrats und der Abg. Frau Leusch (3.) Beschluß gefaßt wurde, vertagt sich der Ausschuß auf Dienstag.

## Der Fehrenbach-Prozess.

SPD. München, 9. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die Vorlesung der Berichte, in welchen Fehrenbach Nachrichten über die bayerischen Geheimorganisationen in das Bureau Gurgas gab, nimmt ihren Fortgang. Fehrenbach verteidigt sich gewandter und lebendiger als in der vorigen Woche. Auf einen Vorhalt des Vorsitzenden antwortet er, die bayerische Reaktion sei eine internationale Gefahr, es ist notwendig, daß der Kampf dagegen international geführt wird. Der Vorsitzende, der in Wahrheit auch zugleich die Rolle des Staatsanwalts spielt, bringt durch sein Verhalten zum Ausdruck, daß er nicht das Dasein von ungeseligen Organisationen verurteilt. Er findet es vielmehr fragwürdig, von dem Bestande der Öffentlichkeit zu unterrichten. Von Fehrenbachs 90 Berichten wurden 40 Berichte von der Staatsanwaltschaft als strafbar gekennzeichnet. Nach ihrer Verhandlung nahm das Gericht die Berichte vor, die der Angeklagte Gembke geliefert hat. Es stehen hier als beanstandet 15 in Frage. Bevor das Gericht sich ihnen zuwendet, kommt es zum dritten Male im Laufe des Prozesses zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Justizrat Bernheim und dem Vorsitzenden. Justizrat Bernheim will genaue Bezeichnung der Nachrichten, welche Tatsachen enthalten, die man hätte geheim halten sollen. Justizrat Bernheim sagt: Der Angeklagte sollte vor dem Plädoyer erläutern, wessen er angeklagt ist. Der Vorsitzende gerät hierauf in große Aufregung. Er rechtfertigt das Volksgericht und behauptet, der Vorhalt des Justizrats Bernheim sei eine schwere Beleidigung des gesamten bayerischen Richterstandes.

# Brotpreis und Währungsreform.

Von Paul Herr.

Trotz des Beschlusses der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat das Reichskabinett beschlossen, dem Reichstage eine Vorlage über die Verdreifachung der Preise für das erste Drittel des Umlagegetreides zugehen zu lassen. Bei der Abhängigkeit der bürgerlichen Parteien von dem großagrarischem Einfluß besteht wenig Aussicht, daß der Vorlage im Reichstage von dieser Seite her Schwierigkeiten erwachsen. So wird denn die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Mitte mit der starken Vertiefung des wichtigsten Lebensmittels beginnen. Diese Arbeitsgemeinschaft zeigt damit von vornherein deutlich ihren wahren Charakter. Sie ist und kann nichts anderes sein als der Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse, der sich in völliger Abhängigkeit von den Deutschnationalen befindet. Denn auch ihrer Zustimmung ist die Vorlage der Reichsregierung gewiß, wenn auch gegenwärtig noch eine nicht ernst zu nehmende Scheinopposition die Zufriedenheit der agrarischen Führer über das Erreichte verschleierte.

Als im Juni das Umlagegesetz eingebracht wurde, rechtfertigte die Regierung es mit den Gefahren des Winters und der Notwendigkeit ihrer wirksamen Bekämpfung. Jetzt, wo diese Gefahren sich zu vervielfältigen drohen und selbst den größten Optimisten bange Sorgen für die schweren Wintermonate erfüllen, wird der Grundgedanke der Umlage — die Stabilisierung der Brotpreise — preisgegeben. Gewiß ist die Niedrighaltung der Preise für das Inlandsgetreide eine Beschränkung der Gewinnmöglichkeiten der Landwirtschaft. Aber eine beachtete und berechtigte. Denn größer als die Belastung, die der landwirtschaftlichen Produktion aus den Preissteigerungen infolge der Geldentwertung entsteht, sind die Gewinnmöglichkeiten, die sich automatisch aus der Anpassung der freien Marktpreise für Getreide an die durch die Geldentwertung heraufschwellenden Weltmarktpreise eröffnen. In voller Uebereinstimmung damit befandete ein Sachverständiger in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 520 vom 5. September):

„Eine eigenartige Erscheinung ist es, daß die Getreidepreise jetzt der Devisenbewegung auf dem Fuße folgen, wenn nicht gar vorausgehen, obwohl die Produktionskosten der Landwirtschaft (Grund und Boden, Maschinen, Düngemittel und Löhne) weniger als die anderen Wirtschaftszweige unmittelbar von dem äußeren Marktwert beeinflusst werden. Für die Landwirtschaft ergeben sich daraus bei steigender Devisentendenz zweifellos außerordentliche Uebergewinne. Dieser Punkt sollte bei der Diskussion über die verlangte Abänderung der Umlagepreise beachtet werden. Je mehr sich infolge auswärtiger Markterleichterung das Verhältnis zwischen Umlage- und freiem Preis zugunsten des Umlagepreises verschiebt, desto größer werden auf der anderen Seite die ungerechtfertigten Profite, die die Landwirtschaft wegen der nur zögernd steigenden Produktionskosten aus der Verwertung ihres freien Getreides zieht. Diese Mehrgewinne, sofern sie beim Landwirt und nicht in zweiter Hand entstanden, könnten sehr wohl als ein teilweiser Ausgleich für den Mindererlös aus dem Umlagegetreide angesehen werden.“

Unter diesen Umständen kann man kaum ernsthaft den Einwand erheben, daß die niedrigen Umlagepreise den Getreideanbau gefährden. Wäre das aber der Fall, dann würde das nicht nur gegen die niedrigen Umlagepreise sprechen, sondern gegen die Umlage überhaupt. Man müßte dann folgerichtig nicht nur die Preise erhöhen, sondern die Umlage beseitigen. Offen aber treten selbst die Agrarier nicht für die Beseitigung der Umlage ein. Als sie im Vorjahre die Möglichkeit dazu hatten, kam das Umlagegesetz gerade mit ihrer Hilfe zur Annahme.

Die Verdreifachung der Umlagepreise für das erste Drittel bedeutet eine wesentliche Belastung des Reiches und eine starke Erhöhung der Brotpreise. Die Belastung des Reiches beträgt mehr als 11 Milliarden. Dieser Betrag kann nur vermindert werden durch eine in voller Höhe gar nicht mehr mögliche Abwälzung auf die Verbraucher durch höhere Brotpreise. Diese steigen zwar ohnedies, weil die Preise für das Auslandsgetreide, das zur Aufrechterhaltung der Brotversorgung in einer Menge von fast zwei Millionen Tonnen erforderlich ist, parallel mit der Geldentwertung steigen.

Da die Reichsregierung in ihrer letzten Veröffentlichung nicht mitgeteilt hat, um welchen Betrag die Abgabepreise der

Reichsgetreidestelle für Mehl zu erhöhen sie beschlossen hat, so läßt sich für den Augenstehenden schwer übersehen, wie hoch sich von Anfang nächsten Monats ab der Brotpreis stellen wird. Der Ankündigung jedoch, daß die Erhöhung „über eine Verdoppelung nicht hinausgehen“ wird, darf man mit einigem Zweifel begegnen. Hier scheint die Absicht zur Schönfärberei bestimmend gewesen zu sein. Denn da die Regierung bereits vor längerem Wochen eine Verdreifachung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle angekündigt hat, so ist nicht zu erwarten, wie ihr jetzt eine geringere Erhöhung möglich sein soll, obwohl die Preise für das Auslandsgetreide inzwischen weiter sprunghaft in die Höhe geklettert sind.

Ein Preis für das Vierpfundbrot von weit über 100 Mark ist demnach absolut sicher, zumal wenn die bürgerlichen Parteien die Verdreifachung der Umlagepreise beschließen. Ueber die Gefahren einer solchen Maßnahme sollte man sich keiner Täuschung hingeben. Sie belastet nicht nur den einzelnen, häuft nicht nur ungeheure Sorgen über Millionen von darftenden Menschen, sondern bringt auch die gesamte Wirtschaft in Unruhe. Das Rad der Preissteigerungen wird auf neue angelehrt, so daß die von der Regierung beabsichtigte an und für sich unwirksame Beeinflussung der Arbeitsgemeinschaften zwecks Erhöhung der Löhne und Gehälter im Umfang der Brotpreiserhöhung absolut ungenügend ist. Genau wie von der Kohle geht auch von der Erhöhung des Brotpreises eine allgemeine Steigerung der Warenpreise aus.

So verschärft denn die Haltung der Reichsregierung die wirtschaftliche und politische Lage. Sie offenbart die Ansicht, trotz der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung die von ihr zu vertretenden Interessen der Arbeiterklasse geringer zu achten als die der Agrarier. Taucht damit bereits die Frage nach dem Wert der Uebernahme der Verantwortung für die ungeheuren Schwierigkeiten der nächsten Monate auf, so müßte sie verneint werden, falls nicht durch die sofortige Inangriffnahme des Zentralproblems der jetzigen Schwierigkeiten, einer Stützungsaktion für die Mark, die Möglichkeit einer Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse eröffnet wird.

## Die Kolonie Oesterreich.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs erläßt einen Aufruf, in dem die schärfsten Anklagen gegen Bundeskanzler Dr. Seipel wegen der von ihm in Verona und Genf betriebenen Politik erhoben werden.

„In Verona hat Seipel“, so heißt es in dem Aufruf, „die deutsch-österreichische Republik dem italienischen Königreiche zum Kaufe angeboten“. Um den Preis eines Lire-Kredits ist Deutsch-Oesterreich bereit, eine Kolonie Italiens zu werden. Wir haben vorausgesetzt, daß sich dieser Schacher um unsere Freiheit furchtbar rächen werde. Um zu verhindern, daß Deutsch-Oesterreich eine Kolonie Italiens werde, wollen die andern Mächte Deutsch-Oesterreich zu einer gemeinsamen Kolonie der drei europäischen Großmächte und der Tschechoslowakei machen. Nachdem Seipel den Hochverrat begangen hat, den Anrechnungsvertrag in Genf zu unterzeichnen, hätte die Ablehnung des Vertrages durch das Parlament den Abbruch aller Kreditverhandlungen, den Verzicht auf jede Unterstützung des Auslandes zur Folge. Neuer Sturz unseres Geldwertes, neue furchtbare Teuerungswellen wären die unvermeidlichen Folgen. So hat die hochverräterische Politik der Regierung Seipel die Republik in eine geradezu verzweifelte Zwangslage gebracht.“ Zur Entscheidung der Frage, ob die Sozialdemokraten die Genfer Vereinbarungen annehmen oder ablehnen sollen, wird der Parteitag für den 14. Oktober einberufen.

## Nachklänge aus den Spartakustagen.

Der sozialdemokratischen preussischen Landtagsfraktion lag am Freitag ein Schreiben des Landtagsabgeordneten Kuttner vor, in dem er über seinen Prozeß mit Davidsohn berichtete und der Fraktion sein Mandat zur Verfügung stellte. Die Fraktion beschloß einstimmig, daß auf Grund des ihr bekannten Tatbestandes keine Veranlassung für Kuttner gegeben sei, das Mandat niederzulegen. Mit der Angelegenheit wird jetzt von den Kommunisten eine ungeheure Hege betrieben. Zu Beginn und Schluß der Freitagssitzung führten sie ihre bekannten Spektakelreden gegen Kuttner auf, den sie namentlich als Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gegen die mitteldeutschen Unruhen angriffen. Sie verlangten plötzlich, daß der Bericht des Untersuchungsausschusses auf die Tagesordnung gesetzt werde, obwohl dieser Bericht noch gar nicht fertiggestellt ist. Zu der Angelegenheit selber sei noch folgendes bemerkt: Kuttner kämpfte in der Spartakuswoche in dem aus Parteigenossen zusammengesetzten

Regiment Reichstag. Bei einem Patrouillengang wurde ein Arbeiter Eichhorn, der längere Zeit der Patrouille Widerstand leistete, von Kuttner getötet. In einem sofort von Kuttner gegen sich selbst beantragten Ermittlungsverfahren sagten 8 Zeugen übereinstimmend aus, daß Kuttner in Notwehr gehandelt habe, da Eichhorn eine Handgranate abziehen wollte. Diese Zeugen sind inzwischen bis auf einen unauffindbar geworden. Dagegen hatte Davidsohn einige Zeugen gefunden, die jetzt nach 4 Jahren behaupten, daß die Ermordung nicht nötig gewesen sei. Der eine noch auffindbare Zeuge aus dem Ermittlungsverfahren blieb bei seiner Aussage. Für die Berufungsinstanz wird Genosse Kuttner nach allen Kräften versuchen, die früheren Zeugen wieder auffindig zu machen.

## Verbot der Starkbier- und Obstbranntweinherstellung.

Der Reichsernährungsminister hat in einer Verordnung über Lebensmittel, die die Verwendung von inländischem Zucker zur gewerblichen Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Brantwein, und brantweinhaltigen Getränken aller Art verbietet, auch die Herstellung von Starkbier verboten. Soweit mit der Herstellung schon begonnen worden ist, darf sie bis spätestens 1. November noch zu Ende geführt werden. Es darf nur einfaßes Bier, Schanbier und Vollbier hergestellt werden, Vollbiere mit einem höheren Stammwürzegehalt als 10 Proz. dürfen die Brauerzeiten nur bis zur Höchstgrenze von 25 Proz. des von ihnen in der Zeit vom 1. September 1922 bis 31. August 1923 im Inland insgesamt abgesetzten Bieres herstellen. Die Herstellung von Brantwein aus Obst wird gleichfalls verboten. Die Landeszentralbehörden können nur für Obst, das zur menschlichen Ernährung nicht geeignet ist oder in anderer Weise nicht verwertet werden kann, die Verarbeitung auf Brantwein zulassen. Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

## Wilhelms Dichterhonorar.

Der Köhler-Verlag, Leipzig, weist in einer berichtigenden Zuschrift an die Presse darauf hin, daß der angegebene Betrag von 350 Millionen Mark, den Wilhelm II. für seine „Erinnerungen“ erhalten haben soll, wesentlich übertrieben ist, er dagegen lediglich ein Honorar bekommen hat, „wie es dem Werte des Buches und der Stellung des Autors angemessen war. Er hat dieses Honorar bereits zum größten Teile wohlthätigen Stiftungen überwiesen.“

Zunächst sei uns die Frage gestattet, warum nennt man denn nicht die Höhe des Honorars, wenn es lediglich derart ist, „wie es dem Werte des Buches und der Stellung des Autors angemessen war“? Ferner: warum nennt man nicht die „wohlthätigen Stiftungen“ und warum sagt man nicht einmal, was unter „wohlthätigen Stiftungen“ zu verstehen ist? Nach der Auffassung rechtsradikaler Kreise bestehen bekanntlich wohlthätige Stiftungen heute in der Unterstützung „nationalgeprägter Verbände“. Da Wilhelm von Amerongen seine Gemeinschaft mit den heutigen Rechtsradikalen nicht abstreiten wird und noch nie abgestritten hat, liegt die Vermutung nahe, daß er seine „wohlthätigen Stiftungen“ im Sinne seiner deutschnationalen Freunde angebracht hat. Gibt Wilhelm oder der Köhler-Verlag nicht bald nähere Auskünfte über die „wohlthätigen Stiftungen“, dann müssen wir schon der Auffassung bleiben, daß der Stifter ebenfalls auf die Anklagebank vor den jetzt in Leipzig tagenden Staatsgerichtshof gehört.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 10. Oktober.			
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
	9. Oktober.	7. Oktober.	
Amsterdam	100 fl.	86591.60	
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	18126.96	15830.15
Kristiania	100 Kr.	45942.50	89250.85
Kopenhagen	100 Kr.	52938.75	45192.40
Stockholm	100 Kr.	69013.60	58776.40
Helsingfors	100 Finn. Mk.	5592.60	5048.65
Rom	100 Lire	11136.05	9588.96
London	1 £	11460.65	9822.70
New York	1 Doll.	2596.75	2942.19
Paris	100 Frs.	19750.25	16978.75
Zürich	100 Frs.	48639.10	41947.50
Madrid	100 Pesetas	39850.75	38957.50
Wien	100 K.	3.35 1/2	2.95 1/2
Prag	100 K.	9238.40	7515.55
Budapest	100 K.	99.87 1/2	89.38

## Sigris, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sigris sah auf. Thorkel sah stumm und hielt seinen Kopf noch tiefer. Clas zuckte mit den Achseln. „Da er tot war.“ fuhr er fort, „kamen Lensmann und Boigt, es kamen aber auch Leute, die zu fordern hatten. Endlich wurde verkauft, was sich vorfand, es blieb aber doch noch mancher unbefriedigt übrig.“

Wieder sah Sigris auf, und wieder sah sie die beiden. Clas schaute nach ihr hin und verzog seine Lippen. „Es hatte keiner gemeint, daß es so schlecht stand.“ sagte er. „Aber da kam zuletzt auch der Herr Schiemann aus Noide und legte den Schuldschein vor über die zweihundert Taler, für die ihm die Sicke verpfändet wurde. So kam der Landrichter und sagte zu.“

Sigris drehte sich rasch um. Thorkes Gesicht hatte Farbe bekommen; es war, als ob seine Augen zitterten. Clas stieß sie leise an, es lag ein hämißcher Zug um seinen dieser Mund, doch Thorkel schien es nicht zu beachten. Er sah eine Minute lang hinüber nach der Hütte am Lössford und fuhr dann mit seiner Hand über Stirn und Haar, daß sie eine Minute lang sein Gesicht bedeckte. Sein Haar war von schöner brauner Farbe, fein und weich, und sein Gesicht sah männlich, fest und wohlgebildet aus, und als er hinüber schaute, schien es dunkler und feiner zu werden. Darauf sagte er: „Das ist alles wahr, und zu ändern ist nichts. Morgen werde ich zu dem Herrn Schiemann nach Noide gehen und mit ihm sprechen.“

„Du bist recht!“ sagte Clas. „Könntest es aber heut gleich noch näher haben, wenn du wolltest, könntest ihn beim Pastor finden.“

„Bei dem Herrn Bille?“ antwortete Thorkel, und er sah nach dem Pfarrhause hinauf, dessen Gartenstiege er sehen konnte, denn der Garten stand auf einem Felslager, das steil wohl dreieckig nach abfiel, und indem er hinaufschaute, erblickte er hinter dem Gitter, das eine Bruchwehr bildete, ein Frauenzimmer in hellem Kleide und neben ihr einen Herrn, der sie begleitete.

Da sein Blick an beiden hängen blieb, sagte Clas auf. „Nun?“ rief er, „bleibe lieber, du möchtest ihn hören, er ist in guter Gesellschaft. Aber wie geht es denn dem Graf Medval, dem ichmuden Leutnant? Kommt er nicht auch bald einmal nach Haus?“

„Das könnte wohl sein,“ sprach Thorkel, noch immer hinstarrend.

„Nacht wohl mit ihm zusammen in Frederikshall, nicht wahr?“ fuhr Clas fort.

„Sicherlich, ja,“ sagte Thorkel.

„Und wie hast ihn dort gelassen?“

„So wird es sein, Clas.“

„Bringst mir keine Aufträge von ihm mit?“

„Möglich wäre es.“

„Oho,“ lachte Clas, „der alte Horngeb soll Geld schicken, nicht?“

„Geld kann jeder brauchen. Ich auch.“

„Glaub es dir gerne,“ sagte Clas ärgerlich. „Ihr habt aber beide nichts. Hast nicht auch im Pfarrhause eine Bestellung?“

„Wie geht es der Jungfrau Else droben?“ fragte Thorkel, indem er sich an Sigris wandte.

„Es geht ihr lustig!“ rief Clas, ehe Sigris antworten konnte, „überall heißt es, daß bald Hochzeit sein wird.“

„Mit dem Herrn Schiemann wohl gar?“ fuhr der Soldat heraus.

„Mit wem sonst?“ versetzte Clas.

„Glaubst du es?“ fragte Thorkel Sigris.

„Nein,“ erwiderte sie.

„Ich auch nicht,“ lachte Thorkel, ich glaub es so wenig, als wenn Clas schwöre, er wolle dich nehmen.“

„O du Donnerker!“ rief Clas und lachte ebenfalls, indem er beide Fäuste in seine Fackelstange steckte und seine Beine ausstreckte. „Warum wolltest du es nicht glauben?“

„Warum? Weil der Seehund dich gleich am ersten Tage zerreißen und aufstellen würde. Nimm dich vor ihm in acht, er bringt Unglück über dich!“

Und indem er dies sagte, stieß er der Robbe über den glatten Kopf, und es war, als ob das Tier ihn verstand; denn es sperrte seinen Rachen auf und zeigte dem Clas sein weißes Gebiß mit einer solchen Angriffsmiene, daß der Bedrohte nochmals häutig von der Bank aufsprang. Sigris schlug vor Bergnügen in die Hände und Thorkel war nicht weniger beaufregt; Clas aber geizet in Wut über den Spott und über das nichtswürdige Vieh, dem er schlimme Titel zuschrie. Noch ehe er jedoch auch den damit bedenken konnte, der die meiste Schuld daran hatte, trat einer hinzu, der allen weiteren Janz verhinderte.

Sigris Vater kam nach Hause und führte seinen Sohn Anders an der Hand. Er war ein unterlegter Mann von dem knochenstarken Bau der normannischen Küstenleute. Harter Gesichtszüge und mächtige Kopfmuskeln, kalte Augen voll Bedächtigkeit und eine unbemerkliche Ruhe beim Sprechen sowohl, wie in allem, was er tat, ließen sich gleich an ihm erkennen. Als er auf Clas schritt, wurde dieser still, dann drehte er den Kopf nach

Thorkel sprang auf. „Gottes Friede in dein Haus Gullit Hansen,“ sagte er, „ich habe dich lange nicht gesehen.“

Gullit Hansen änderte seine ernsthafte Miene nicht, nahm aber doch die Hand an, die der Soldat ihm bot, und sagte nur: „Ich auch nicht, Thorkel.“

„Es geht alles gut bei dir?“ fuhr Thorkel fort.

„Nags auch bei dir so sein!“ antwortete Gullit.

„Ja, bei mir, bei mir!“ rief der junge Mann. „Es ist manches gesehen, das nicht gut ist.“

„Nags es besser,“ sagte Gullit und drehte sich um, indem er Sigris ansah. „Bist du fertig mit dem Neze?“ fragte er.

„Ja, Vater.“

„Gut, ich kann es morgen brauchen. Es kommt Hering von Trondhjem herunter. Weißt du es, Clas?“

„Ja, ja!“ antwortete Clas, „ich kam, um mit dir zu sprechen. Herr Schiemann hat mir Auftrag gegeben. Er nimmt alles, was du fängst.“

Und du mein kleiner Anders,“ rief Thorkel den Knaben an, der sich über den Seehund geworfen hatte, der ihn mit großer Zärtlichkeit empfing. „Kennst du mich denn auch noch?“

Das Kind hob den Kopf zu ihm auf. Es sah trübselig aus.

„Es ist ja Thorkel Ingolf, Anders,“ sagte Sigris.

„Da wurde der Knabe freundlich. „Sei du willkommen,“ sagte er. „Sigris hat oft von dir gesprochen. Du hast uns den Hund geschenkt.“

„Und du hast ihn lieb, Anders?“

„Ja und ich habe dich auch lieb.“

Thorkel hatte den kleinen Anders auf seinen Arm genommen und ihn dann auf sein Knie gesetzt. Clas hatte Gullit zur Seite geführt und sprach mit ihm heimlich. Thorkel aber sprach mit dem Knaben und mit Sigris freundlich plaudernd, fragend und Antwort gebend über allerlei Dinge, die des Kindes Neugier reizten.

„Willst du denn nun wieder bei uns wohnen?“ fragte Anders.

„Ich denke ja,“ antwortete Thorkel.

„In deinem Hause da drüben?“

„Et freilich, lieber Anders.“

„Da ist es schön,“ sagte das Kind leise. „Ich war neulich einmal mit Sigris dort, doch dein Haus war verschlossen, und an der Tür hing ein Siegel. Sigris sagte, der Landrichter hätte es vorlegen lassen, du kämst wohl nimmer wieder.“

„Nun bin ich doch wieder da,“ fiel Thorkel ein, „und das Siegel schneiden wir ab.“

„Dann kommen wir und besuchen dich, Sigris und ich, und bleiben bei dir.“

Fortsetzung folgt.



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 10. Oktober.

### Aus der Bürgerchaft.

In der gestrigen Bürgerchaftssitzung gab es keine großen Debatten. Die Tagesordnung umfaßte zwar 30 Punkte; es war aber kein einziger von überragender Bedeutung dabei. Die meisten Senatsanträge waren verwaltungsrechtlicher Art. Die Sitzung trug daher mehr den Stempel einer Stadtverordnetenversammlung, als den eines staatlichen Parlamentes.

Zu Beginn der Verhandlungen widmete der Vorsitzende, Genosse Ehlers, dem verstorbenen Genossen Radde einen warmen Nachruf und hob seine Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit ehrend hervor. Für Radde wird der Polizeioberwachmeister Genosse Wagner in die Bürgerchaft eintreten.

Bei der Beratung eines Nachtrages zum Ruhelohngesetz für die Staats- und Gemeindearbeiter — eine Einrichtung, die seinerzeit auf Drängen unserer Fraktion eingeführt wurde — setzte sich Genosse Böhrtje besonders für die Interessen dieser Arbeiter ein. Er forderte mancherlei Verbesserungen und Ausdehnung des Gesetzes auf weitere Kreise.

Die Hausbesitzer hatten wieder allerlei Schmerzen. Ein Antrag Dietrich auf allmählichen Abbau der Wohnungs-Zwangswirtschaft wurde zwar zurückgezogen, dafür aber ein anderer, schärfer angefaßt. Die Herren scheinen von den Agrariern gelernt zu haben, daß man durch viel Geschrei und große Forderungen das gesteckte Ziel erreichen kann. Natürlich auf Kosten der Mieter.

Bei einigen Vorlagen kam es zwischen unseren Genossen und den Bürgerlichen zu kurzen Auseinandersetzungen. So u. a. bei dem Antrag auf Verstärkung der Mittel für den Haushaltsplan. Hier glaubten einige Volksparteiler und Demokraten, die Rechte des Parlamentes wahren zu müssen. Genosse Hauwieser ihnen nach, daß die Rechte nicht gefährdet sind, die ganze Maßnahme vielmehr aus praktischen Gründen durchgeführt werden müsse. Vom Senatstisch wurde die gleiche Ansicht mehrfach betont. Die Vorlage wurde darauf auch angenommen, aber nur mit einfacher Mehrheit.

Sonderbar berührte der Standpunkt, den die Arbeitsgemeinschaft Rosenquitt und Neßler vertraten, als es galt, die Mittel zur Beschaffung einer Holzbearbeitungsmaschine für die Baubehörde zu bewilligen. Sollten jene Herren, die sich als Fachmänner ausgaben, die Sache wohl rein objektiv beurteilt haben? Der Staat ist doch wohl selbst der Nächste. Und wenn er mit Hilfe von Maschinen billiger produzieren kann, dann darf man ihn daran nicht hindern. Uebrigens können wir nicht recht verstehen, daß Herr Neßler als früherer Lehrer aus Fachmann für Holzbearbeitungsmaschinen ist. Sehr hölzern scheint er allerdings zu sein.

Eine kleine Reibung über die Volkshochschule gab es zwischen Fr. Kolke (D.R.) und dem Genossen Dr. Pieth. Durch den Antrag der ersteren auf Ausschlußberatung wurde die ganze Volkshochschulfrage verwickelt worden. Nachdem aber Genosse Dr. Pieth mit aller Deutlichkeit das Nötige gesagt hatte, wollte Fr. Kolke durchaus eine Freundin der Volkshochschule sein. Wir haben aber zu den Deutschnationalen in dieser Frage kein großes Vertrauen.

Gearbeitet hat die Bürgerchaft gestern fleißig. Alle Anträge waren gleich nach 10 Uhr erledigt. Es wurde also ausnahmsweise aufgearbeitet.

Der sozialdemokratische Bezirksparteitag für Mecklenburg-Lübeck wurde am Sonntag und Montag in Bülow abgehalten. 120 Delegierte waren anwesend. In ausgedehnten Sitzungen wurde über die Arbeit der Genossen im Lande und im Parlament während des Geschäftsjahres beraten und die Zukunftsaussichten besprochen. Der Parteivorstand war durch die Genossin Juchacz vertreten, die ein Referat über die Stellung der Frau im Volksstaat hielt. Ministerpräsident Genosse Stelling sprach über die politische Lage und Genosse Wolkmann behandelte die Tätigkeit der Landtagsfraktion. Recht lebhaft gestaltete sich zeitweise die Aussprache über die Referate; allgemein wurde insbesondere die Erhöhung des Preises für das erste Getreideumlagedrittel verurteilt. Nur ein Vertreter der Landarbeiter glaubte, daß bei Erfüllung des unverkündeten agrarischen Wunsches die Landarbeiter eine Verbesserung ihrer Lage erwarten könnten. Erfolgreich zu hören war, daß trotz des entgegenstehenden Beschlusses der Mecklenburger U. S. B. die Rostocker Unabhängigen einmütig zur alten Partei übergetreten sind. Daß die Kommunisten auf dem Lande besonders wählen, ist bekannt. Aber auch in Mecklenburg wird deren volkschädigendes Getue immer mehr erkannt. Auf dem Parteitag wurde der Trennungskampf scharf hervorgehoben und die von der Sozialdemokratie eingeschlagene Politik als richtig anerkannt. Am Sonntag abend veranstalteten die Bülowener Genossen zu Ehren der Delegierten eine kleine Feier, die in bester Harmonie verlief und bei der die Arbeiterjugend recht schön und erfolgreich mitwirkte. — Der Verhandlungsbericht kann Raum mangels wegen erst morgen abgedruckt werden.

Die Allgemeine Ortsrentenkasse in Lübeck hatte am 1. Oktober 1922: 41 923 Mitglieder gegen 42 009 im Jahre 1921. Auf Männer entfielen davon 24 710 (1921: 24 564), auf Frauen 17 213 (1921: 17 446). Arbeitsunfähigkeitsrenten waren am letzten September: Männer 440 (1921: 576) und Frauen 551 (1921: 590). Ausweisung für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im September: 2603 (1921: 2837) erteilt. Sterbende wurde im September für Mitglieder in 27 Fällen für Angehörige in 26 Fällen bewährt. Ueberreitungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die jahungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 16 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Volkshochschule. Die Anmeldefrist für den in der nächsten Woche beginnenden Unterrichtsabschnitt geht ihrem Ende entgegen. Merkwürdigerweise ist von der Erleichterung, auch in den Buchhandlungen Ausweislisten lösen zu können, nur in sehr geringem Umfang Gebrauch gemacht worden. Von jetzt an werden nur noch in der Geschäftsstelle Meldungen angenommen. Aber auch hier heißt es sich beeilen, weil nur noch wenige Tage zur Verfügung stehen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn von dem vielen Guten, was der neue Volkshochschulplan anbietet, manches durch Interesslosigkeit der Bevölkerung in Wegfall kommen würde.

Unfreiwilliges Lob über die Konsumvereine. Auf der Tagesordnung der 58. Besprechung der Handelskammer für den Landestheil Oldenburg wurde u. a. auch über die Preistreibeerei und Wuchererlei geäußert. Der Referent, der über dieses Thema sprach, forderte für den Kleinhandel den Wiederbeschaffungspreis nebst angemessenem Gewinn. Ein Vertreter führte nach dem Anz. f. d. Fürstentum Lübeck aus, es werde in Arbeiterkreisen oft gesagt, daß der Preis wohl in die Höhe gehe, wenn der Dollar steigt, aber man merke nichts von einem Sinken der Preise, wenn der Dollar sinkt. — Verschiedene Redner erwiderten, die Preise seien überhaupt nicht dem Dollarkurs entsprechend in die Höhe gegangen. Das könnte der Handel gar nicht, dafür sprachen schon die Konsumvereine und die andere Konkurrenz. — Das ist ein beachtenswertes Eingeständnis des privaten Handels. Die Verbraucher müßten also noch weit höhere Preise zahlen, wenn die Konsumvereine nicht vorhanden wären.

Zur Vinderung der winterlichen Not wird u. a. Veranstaltungen am Sonnabend und Sonntag, dem 14. und 15. Oktober, auch eine Straßenlampe flutend. Meldungen junger Mädchen als Sammlerinnen nimmt Frau Dr. Möbusz, Falkenstraße 12 II. entgegen.

Erntefest im Erziehungsheim Wakenhof. Zum Sonntag hatten die Jungen von Wakenhof Freunde und Förderer unseres staatlichen Erziehungsheimes geladen, um ihnen zu zeigen, was sie im verflochtenen Erntedreie geerntet haben. Alfred Mahlaus Gräflichkeit hatte hierzu ein allerliebtes Einladungs-Kärtchen entworfen. Das Fest legte von dem frischen Geiste, der unter dem jetzigen Vorbesitzer der Anstalt, Herrn Osbahrn, dort lebendig ist und zu produktiver Arbeit Klein und Groß fröhlichen Mut lassen ließ, bereitetes Zeugnis ab. Das Festprogramm sah eine Fülle von Darbietungen vor, die mit Lust und Liebe zum besten gegeben wurden und bei jung und alt freudigen Anklang fanden. Um 10 Uhr fand ein Schützen der Junggilde statt. Nachmittags, als der braune Kaffeetrunk kochend war und manche liebe Gabe der Gäste im Büchereibrot und Weihnachtsbrot gewandert war, begann der lustige Erntezug, der auch von dem trefflichen Anwachen der Zahl der Hauskinder und von ihrer guten Pflege eine deutliche Sprache redete. In Rede und Gegenrede erfolgte die Dankesfeier, in deren Verlauf sich der Anstaltsleiter leider gemüht fühlte, in seiner Ansprache die Lebensanschauung derer, die nicht der Gottesglauben in ihrer Weltanschauung verfehlen, als irdischen Schindl zu bezeichnen, ein anmaßendes, untolerantes Wort, das bei manchem Erwachsenen der dieser Feier beiwohnte, Kopfstütteln und Verstimmung über diesen Mißklang hervorrufen mußte. Namens des Jugendamtes fand Oberregierungsrat Dr. Stord von Herzen kommende fröhliche Worte für die Jahresarbeit der Jungen. Dann begannen die künstlerischen Darbietungen, die ihren Höhepunkt fanden in zwei Szenen: „Das Schneewittchen, ein klein fein Märlein von Th. Storm“ und in Hans Sachsens „Der fahrende Schüler im Paradies“. Es war erstaunlich zu sehen, was die Knirpse (es waren sechszehnjährige unter den Schülern) auf diesem Gebiete zu leisten imstande sind. Der Aktivist an Gemütspflege, der durch das Einüben und Darbieten solcher Szenen bei den Jungen erzielt wird, ist sicherlich erheblich; und die Großen und Kleinen, die auf grüner Wiese die „Bühne“ umlagerten, sollten berechtigten Beifall. Ein Preisgericht prämierte die besten Leistungen. Ein behender „Mohr“ überraschte durch Tischenpielerkünste, und zum Schluß tanzten Wandervogel-Mädchen schöne Volkstänze auf grünem Feld. Wer noch nicht wußte wie ganz anders der Wind in Wakenhof weht, der konnte sich durch diese ungezwungene, echte Jugendfeier der Kleinen und Kleinsten von diesem neuen Geiste ein Bild machen.

Moisling Sozialdemokratischer Verein. Am Sonnabend fand eine Mitgliederversammlung statt. Einen warmen Nachruf widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Genossen Radde in Lübeck. Sodann wurde das Wort dem Genossen Fraß-Lübeck erteilt, welcher sich unter anderem mit den Parteitagen in Augsburg und Nürnberg befaßte. In der Aussprache beteiligten sich die Genossen Ewers und Lemerenz. Die vom Genossen Fraß vorgelegte Entschließung, welche befand, daß die Ortsgruppe Moisling einmütig hinter den Parteitagsbeschlüssen steht, wurde einstimmig angenommen.

Lehrerin. Volkshochschule. Mit staatlicher Unterstützung kann in diesem Winter die Arbeitsgemeinschaft für Bildungspflege wieder ihre Volkshochschularbeit fortsetzen. Wie im vergangenen Jahre sind die drei Kurse vor und nach Weihnachten vorgelesen. P. Kurt Jelenik wird über neue deutsche Literatur sprechen, und zwar wird er eine Reihe von Romanen auswählen, in welchen eine Neugestaltung des religiösen Lebens versucht wird. F. W. Schmidt wird sein besonderes Gebiet, die Pflege des Plattdeutschen, behandeln und aus der plattdeutschen Literatur das Beste auswählen. Dazu wird der Kursus für rhytmische Gymnastik von Helene Scharr fortgeführt. Auch neue Teilnehmerinnen können sich einschreiben lassen. Somit sind Körper und Geist beide bedacht in dem engen Rahmen dieser kleinen Volkshochschule. Donnerstag, den 19. Oktober ist die Eröffnungsfest. H. Goldorff wird über „Schiller als Führer in unserer Zeit“ einen Vortrag halten. Umrahmt wird dieser Vortrag von anderen Darbietungen. Der Eintritt zur Eröffnungsfest ist frei. Sie findet in der Schule statt abends 8 1/2 Uhr. Ebenso alle Kurse, zu denen man sich anmeldet in der Behörde. Teilnahme an einem Kursus kostet 40 Mk., an der christlichen Gymnastik 100 Mk. Näheres erfährt man aus den Ausschägen der Volkshochschule.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Arbeiterjugend. Sonnabend, 8 Uhr: Fahrt zur Fahnenweihe nach Schwerin. Anmeldungen bis morgen abend in S.-Süd. Abt. Stadt bleibt geschlossen. Treffpunkt Ostentor Süd.

Santa-Theater. Auf die heutige Aufführung von „Die beiden Nachtaulen“ sei hier besonders hingewiesen, da dieses Werk nur noch einmal gegeben werden kann. In Vorbereitung befindet sich der große Berliner Operettenschlager „Der heilige Ambrosius“.

Stadtheater. Am Mittwoch, Ab. „Der Musikant“ und „Die Puppenfee“. Das Schawische Lustspiel „Der Viehhäber“ wird am Donnerstag gegeben. Freitag erste Wiederholung von Richard Strauß: „Ariadne auf Naxos“.

### Angrenzende Gebiete.

Altona. Die Angst vor dem Schulzeugnis. Ein vierzehnjähriger Schüler hat sich im Volkspark erhängt, weil sein Schulzeugnis sich verschlechtert hat. — Der fortwährend gefühlte Teil der Pädagogen mißt erfreulicherweise den Zeugnissen nicht mehr eine derartige Bedeutung zu, wie das früher gang und gäbe war. Man erkennt, daß die Vorteile der Zeugnisse in keinem Verhältnis stehen zu ihren nachteiligen Wirkungen. Eine schlechte Benur ist durchaus nicht immer gleichbedeutend mit Faulheit oder unzureichendem Wissen des Schülers.

Altona. Preußens Hilfsaktion für Altona. Die preussische Staatsregierung hat in Anerkennung der dringenden finanziellen Notlage beschlossen, der Stadt Altona zur Entlastung

ihrer Haushaltes bis auf weiteres auf dem Gebiete des Volks- und mittleren sowie des höheren Schulwesens laufend vom 1. April 1922 ab jährlich 30 Millionen Mark als Zuschüsse aus Staatsmitteln zu gewähren. Sie wird ferner durch die Verstaatlichung der dortigen Polizei und des städtischen Leuzums zur weiteren Entlastung erheblich beitragen und hat in Aussicht genommen, der Stadt auch auf dem Gebiete des Fach- und Berufsschulwesens, für das städtische Museum, das Stadttheater, sowie für den dortigen Fischereihafen schon in nächster Zeit weitere Zuwendungen zu machen.

Kiel. Gegen den kommunistischen Betriebsrätekongress. In einer Vollversammlung nahmen die Kieler Betriebsräte Stellung zu der herrschenden Teuerung und dem von den Kommunisten zum 22. Oktober d. J. einberufenen Betriebsrätekongress. Es wurde folgende Resolution, und zwar in ihrem ersten Teil gegen 9 Stimmen, und in ihrem zweiten Teil einstimmig angenommen: „In einem Betriebsrätekongress, der von keiner freigewerkschaftlichen Organisation einberufen ist, lehnen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte ab, teilzunehmen. Die Betriebsräte der Metallindustrie Kiels unterstützen die Bestrebungen des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes auf Einberufung eines Betriebsrätekongresses, um Stellung zu nehmen gegen die Anarchie der privatkapitalistischen Wirtschaft.“

Schwerin. Die Koffbahngarde. Die Arbeiterchaft von Wendisch-Mußlow bei Moitin hat an das Ministerium des Innern zu Schwerin einen Hilferuf gerichtet, in dem sie um Schutz gegen die Übergriffe der Koffbahngarde bittet. In die Deutsche bei Wendisch-Mußlow sind am Abend des 13. September circa 16—17 Mann, Angehörige der früheren Organisation Koffbach, Gau Hubertus, die in Wendisch-Mußlow, Kirch-Mußlow und Steinlagen bei Moitin beschäftigt werden, eingebunden und haben ohne jeden Grund die Arbeiter mit Knütteln bedroht und einen geschlagen. Einer der Angreifer hatte eine Armeepistole. Am nächsten Abend kam die Gesellschaft wieder. Sie haben die Arbeiter abermals in schamlosester Weise angepöbeln und bedroht. Beschimpfungen und Bedrohungen von Staatsmännern und Abgeordneten der Republik waren bei ihnen an der Tagesordnung. Der Damänenpächter und Ortsvorsteher G. Schwabe hat für die „Gäste“ Strohhüte herausgegeben und sonstige Einrichtungen treffen lassen, so daß dieselben auf dem Gutshof übernachtet konnten. Der Gendarmeriekommissar Hafer, Neubufum, der von den bedrängten Arbeitern mehrfach angerufen wurde, hat sich, als er endlich erschien, in der Hauptsache darauf beschränkt, dem Betriebsrat einen Vortrag zu halten über den hohen volkswirtschaftlichen und kulturellen Wert jener Organisation, der die Störenfriede angehören. Die Einwohner des Ortes verlangen daher, vom Ministerium Schutz gegen diese nationalitätlichen Helden.

Bremen. Abfindungen für Großrevolutionäre. In einem drastischen Beispiel kann der Arbeiterchaft (leider!) wieder einmal aufgezeigt werden, was hinter den kommunistischen Phrasenreden steht, deren „revolutionäre Aktionen“ darin bestehen, die Gewerkschaften zu bekämpfen und die anderen Arbeiterparteien zu beschimpfen. Der Held, der neuerdings eine Probe „großrevolutionärer Gesinnung“ (Marke Mostau!) ablegte, ist der kommunistische Führer Papenfuß, der Vorsitzende der Bremer Zehnstelle des Kopfschmiedeverbandes. Vor dem großen Werkarbeiterkongress war P. Mitglied des Arbeiterrats der U. G. „Weber“ und dann auch Mitglied der Streikleitung, in der er einer der radikalsten Wortführer war, wie überhaupt Papenfuß nicht genug auf die „Gewerkschaftslogen“ schimpfen konnte. Da er mit vielen anderen auf der Straße blieb; war er teilweise arbeitslos, teilweise in anderen Betrieben tätig, bis er vorige Woche wieder arbeitslos wurde. Das brachte ihn auf den Gedanken, seine Neueinstellung auf der U. G. „Weber“ zu erzwingen. Seine kommunistischen Kollegen setzten sich für diesen Plan ein und verlangten von der Direktion unter Streikandrohung die Wiedereinstellung des Papenfuß. Es wurde zweimal darüber verhandelt, wobei die Direktion, um die Stilllegung des Betriebes zu vermeiden, den Vorschlag machte, dem Papenfuß einen 14tägigen Lohn als Abfindung auszusprechen. Das war dem Mostawomitar wenig; er verlangte kurz und bündig eine Abfindungssumme von 100 000 Mark. Der Direktor unterzeichnete daraufhin sofort einen Scheck auf 100 000 Mk., den er dem Papenfuß überreichte. In Gegenwart anderer Kommunisten, die eine solche Abfindungsmethode ganz in der Ordnung fanden, nahm Papenfuß den Scheck entgegen und zog vergnügt ab. — Das Urteil über eine solche Handlungsweise eines Kommunistenführers können wir getrost der Arbeiterchaft überlassen. Sie erkennen aber daran, was das für Subjekte sind, die sich durch radikale Redensarten und Schimpfereien auf die Gewerkschaftsführer in Vertrauensstellungen schwingen, um dann für einen Kapitalistenjob, der im Falle Papenfuß wirklich nicht von Pappe war, ihre „revolutionäre Gesinnung“ und die Kollegenchaft zu verkaufen.

## Aus der Partei.

Ein Geschenk für Arbeiterkinder. Unter dem Titel „Kinderland“ hat der Zentralbildungsausschuss vom ersten Male ein „Jahrbuch für die Bubens und Mädels des arbeitenden Volkes“ herausgegeben. Das Buch ist bearbeitet von L. Lessen und Alata Bohm-Schuch; die einzelnen Beiträge sind sorgfältig ausgewählt und ganz dem Verständnis der Kinder angepaßt. Der Inhalt umfaßt Erzählungen und Märcchen von hervorragenden Mitarbeitern, daneben sind Scherze, Rätsel, Spielanregungen, Winks für Bastler, ebenso eigene Aufsätze der Kinder in deutscher Sprache eingestreut. Besondere Freude werden den Kindern die zahlreichen Illustrationen machen, unter denen sich eine Reihe herrlicher Tiefdruckbilder befinden. Das Buch ist aufs beste ausgestattet und kostet in Halbleinen gebunden 100 Mark. Organisationen erhalten bei Sammelbestellungen Rabatt. Bestellungen sind zu richten an den Zentralbildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (R. Weimann), Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

## Gewerkschaften.

Jubiläum des Zentralverbandes der Steinarbeiter. Das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens feiert dieser Tage das Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter. Erst im 13. Jahre des Bestehens der Organisation wurde im Oktober 1897 „Der Steinarbeiter“ gegründet. 25 Jahre hat er die Organisationsmitglieder begleitet durch harte Kämpfe, und ebenso lange hat er geworben für die Ideen des Sozialismus. Nicht ohne Erfolg. Möge das auch in der Zukunft so sein!

Amerikanische Arbeiterbanken. In den Vereinigten Staaten entwickeln Arbeiterbanken neuerdings eine beträchtliche Tätigkeit. Zu ihrer Begründung haben u. a. folgende Erwägungen geführt: 1. die großen Kapitalien, über welche die Arbeiterverbände verfügen, und die sich auf 100 Millionen Dollar belaufen; 2. das Verlangen der organisierten Arbeiter, eine bedeutsamere Rolle als bisher zu spielen; 3. Gegenwehr gegen die großen Bankvereinigungen; 4. Kreditbedarf der rasch fortschreitenden Konsumvereinsbewegung. Die erste Arbeiterbank wurde durch den Internationalen Maschinistenverband unter Vorsitz von William S. Johnston begründet. Die Maschinisten riefen im Jahre 1920 die Sparbank des Mt. Vernon mit einem Kapital von 200 000 Dollar ins Leben. Das Kapital dieser Gesellschaft beläuft sich heute auf 2 Millionen Dollar.

# Lübecker Bürgerschaft.

s. Lübeck, 9. Oktober.

Beginn 6,20 Uhr.

Wortführer G. Ehlers.

Der Wortführer widmet dem verstorbenen Bürgerchaftsmittglied, Genossen Radden, einen warmen Nachruf. Er hob hervor, daß der Verstorbene 9 Jahre der Bürgerchaft angehört, in mehreren Körperschaften delegiert wurde und überall eifrig mitgearbeitet hat. Die Bürgerchaft werde sein Andenken stets in Ehren halten. Die Versammlung hörte diesen Nachruf stehend an. Als Nachfolger wird für den Verstorbenen der Polizeioberwachmeister Gen. Wagner in die Bürgerchaft eintreten. — Eine vom Senatskommissar verlesene Verfügung sieht vor, daß den Lübecker Beamten usw. die vom Reich festgesetzten Teuerungszuschläge gewährt werden. Der Betrag beläuft sich auf rund 140 Millionen Mark.

**Antrag 1: Erlass eines Nachtrages zum Ruhelohngesetz für die Lübecker Staats- und Gemeinbediensteten vom 23. 11. 1921.** — Wacht (Soz.) bittet als Berichterstatter des Ausschusses um Annahme des Antrages. Er richtet an den Senat die Anfrage, was aus den vor Monaten gestellten Anträgen auf Erweiterung des unter dieses Gesetz fallenden Personenkreises und sonstige Verbesserungen für die Arbeiter geworden ist. Eine Antwort auf diese Anträge müsse endlich gegeben werden. — Senator Dr. Vermehren verweist auf die schwierige Finanzlage des Staates, welche die Verwirklichung solcher Anträge hindert. Ein Ruhelohngesetz bestehe nur in Hamburg und Lübeck in anderen Staaten nicht. Selbst Sachsen habe sich aus finanziellen Gründen gegen die gesetzliche Regelung dieser Frage ausgesprochen. — Klamm (Komm.) verlangt die Anrechnung des ganzen Grundlohnes nebst der Teuerungszulage für die Bemessung des Ruhegeldes. Er fordert, daß die Berechnungszeit nicht 3 Monate, sondern 1 Monat betragen soll und stellt einen Antrag auf Ausschüßberatung. — Ambrosius (Dem.) tritt dafür ein, daß die gleiche Vergünstigung, wie sie für Arbeiter und Beamte eingeführt ist, auch den staatlichen Angestellten gewährt wird. — Senator Dr. Vermehren stellt die baldige Erledigung dieses Punktes in Aussicht. — Der Antrag Klamm wird abgelehnt und die Vorlage angenommen.

**Antrag 2: Erlass eines 6. Nachtrages zum Grundsteuergesetz vom 11. 5. 1910.** — Dinter (Arb.) betont die Notwendigkeit der Förderung des Wohnungsbauwesens und stellt einen Antrag, wonach Neubauten auf 10 Jahre von der Zahlung der Grundsteuer befreit bleiben sollen. — Dr. Gebhard (Soz.) hat Bedenken gegen diesen Antrag. Die Sache bedürfe noch der Klärung. Der steuerliche Unterschied zwischen industrieller und gärtnerischer Benutzung sei nicht berechtigt. Er stellt einen Änderungsantrag. — Kaschob (Soz.) bittet, den Antrag Dinter abzulehnen. Man dürfe sich nicht auf solche lange Zeit festlegen. Die Anregung Gebhards könne man näher treten. Kaschob stellt darauf ebenfalls einen Änderungsantrag. — Es sprechen zu dieser Vorlage ferner noch Mandke (Dem.), Reimpell (Soz.) und Kaschob (Soz.). Haut (Soz.) beantragt darauf, daß angelegte der Fülle von gestellten Anträgen die Vorlage zur Prüfung der Ausschüß für Bau- und Wohnungswesen überwiesen werde. — Dieser Antrag wird angenommen.

**Antrag 3: Erhöhung der Beiträge der Altersunterstützungs-empfangler u. v. d. e.** — Ball (Soz.) stellt einen Antrag auf Verbesserung der Fürsorge für alte Leute usw. — Ball (Soz.) verlangt abermals Auskunft über das Schicksal der gestellten Anträge betreffs des Ruhelohngesetzes. — Senator Dr. Vermehren erwidert, daß die Anträge genau geprüft worden seien. — Frau Zimmermann (Soz.) will noch andere Anträge heranziehen, wird aber vom Wortführer beehrt, daß dies bei dieser Vorlage nicht zulässig ist. — Darauf wird der Senatsantrag angenommen.

**Antrag 4: Weitergewährung der Hinterbliebenenbezüge an die Witwe des Lehrers Casar Meyer.** — Wird auf Vorschlag von Evers (Soz.), der eine Prüfung der Sache fordert, an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages Niesel und Genossen betreffend sofortige Einleitung eines Ausschusses zwecks Untersuchung der Verletzung des Kammerpräsidenten Hof beim Amtsgericht Lübeck zum Stadt- und Landamt, und betreffend sofortige Zurückverlegung des Kammerpräsidenten Hof an das Amtsgericht. — Heilborn (Komm.) begründet in längeren Ausführungen diesen Antrag und kommt dabei auf die Verhältnisse am Gericht zu sprechen. — Der Wortführer erwidert den Redner wiederholt, nicht zu sehr auf Allgemeinheiten einzugehen. — Heilborn betont u. a., daß Hof nur verurteilt habe, entweder allen Beamten am Gericht das Rauchen zu verbieten, oder allen zu gestatten. Nur einigen das zu gestatten, sei falsch. Weil Hof sich gegen diese Verfügung des Präsidenten gewandt habe, sei er verurteilt worden. Das sei eine Strafverurteilung, die rückgängig gemacht werden müsse. — Senator Dr. Vermehren erklärt demgegenüber, es handle sich lediglich um eine Verwaltungsmaßnahme, die aus dienstlichen Gründen getroffen und von den zuständigen Körperschaften beschlossen worden sei. — Heilborn (Komm.) wendet sich gegen den Vortrager und fordert ein Eingreifen der Bürgerschaft. — Haut (Soz.) ist für die Einleitung eines Ausschusses. Einigen des Rauchen zu verbieten und anderen zu gestatten, gehe nicht ohne weiteres. Die Sache müsse also nachgeprüft werden. — Senator Dr. Vermehren hebt hervor, daß der Präsident aus tatsächlichen Erwägungen die Verfügung erlassen habe. — Evers (Soz.) ist dagegen, daß die Angelegenheit in der Bürgerschaft behandelt wird, da sie ihr nichts angehe. — Heilborn (Komm.) tritt nochmals für den Antrag Niesel ein. — Haut (Soz.) wendet sich gegen Evers. Es sei nötig, sich mit diesem über die Vertiefung auseinanderzusetzen. Man wolle weiter nichts, als eine Untersuchung der Sache. Ob Hof Kommunist wäre, sei in diesem Falle nebensächlich. Die Verfügung würde mit der Annahme des Antrages nicht rückgängig gemacht, sondern nur erst nachgeprüft. — Der Antrag wird angenommen.

**Antrag 2 von Dr. Gebhard: Die Bürgerschaft richtet an den Senat das Ersuchen, daß alle diejenigen Vorlagen, bei denen in der Natur der Sache liegende Gründe nicht zu einer abweichenden Handlung zwingen, so rechtzeitig der Geschäftsstelle der Bürgerschaft zugehen, daß sie den einzelnen Bürgerchaftsmittgliedern mindestens zehn Tage vor der Bekanntmachung zugänglich werden können.** — Wortführer Ehlers bemerkt, daß der Antrag unklar ist. Die Erhaltung habe geleitet, daß Anträge bei einer sehr frühzeitigen Zustellung leicht abzuhandeln kommen. Der Antrag bedinge auch vermehrte Arbeit und erhöhte Kosten. — Dr. Gebhard tritt für Annahme seines Antrages ein. Man müsse auch Zeit haben, sich vorher mit den Fraktionen über einige Anträge verständigen zu können. — Der Antrag wird abgelehnt.

**Antrag 3 von Evers: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die mit wahlloser Beschleunigung ein Komitee einzusetzen, durch das die im Lübecker Gerichtsverordnungs- und in der Lübecker Gerichtsverordnungs- für Antone festgesetzten Gebühren auf der heutigen Zeit entsprechende Höhe gebracht werden.** — Wird im laublich erledigt erklärt.

**Antrag 4 von Niesel: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Verwaltung des Krankenheimes anzuweisen, als Dienstzeit im Allgemeinen Krankenheime die Zeit von 3-4 Uhr täglich gelten zu lassen.** — Wird auf Vorschlag von Frau Grede (Komm.) zurückgestellt.

**Antrag 5 von Dietrich: Die Bürgerschaft ersucht den Senat bei der Reichsregierung dahin vorzubehalten zu werden, daß baldmöglichst ein Gesetz zum allmählichen Abbau der Wohnungsnotwendigkeit vorgelegt werde.** — Wird zurückgestellt, dafür aber ein neuer, ähnlicher Antrag gestellt, der später verhandelt wird. — Der Wortführer verliest mehrere Anträge von Mitgliedern der Bürgerschaft, die, wenn sie unterstützt werden, in der nächsten Versammlung zur Beratung stehen.

**Antrag 5: Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Dampfkefeluntersuchungen.** — Kaschob (Soz.) will die Rechte der Bürgerschaft gewahrt wissen und beantragt daher, daß die Festsetzung der Gebühren durch die Behörden nicht auf unbestimmte Zeit, sondern nur bis zum 31. Dezember 1924 geschleht. Die Bürgerschaft soll dann wieder zu der Sache Stellung nehmen. — Nach kurzen Bemerkungen von Neufeld (Dem.) und Senator Mehrlein wird die Vorlage mit der von Kaschob beantragten Änderung angenommen.

**Antrag 6: Erhöhung der Sätze und Abänderung von Bestimmungen des Gehrentarifes des Katasteramtes.** — Bremer (Soz.) ist für Annahme des Antrages, fordert aber Nachprüfung der Sätze durch einen Ausschuß. — Es wird nach kurzen Ausführungen von Dr. Gebhard, Senator Dr. Vermehren und Groß (Soz.) dementsprechend beschlossen.

**Antrag 7: Erhöhung der Tarife für die öffentlichen Bösch- und Kadepflüge.** — Rosenquist (Arb.) kritisiert die plötzliche Erhöhung der Sätze durch die Behörden. — Der Antrag wird angenommen.

**Antrag 8: Instandsetzungsarbeiten am Kanzleigebäude.** — Wird angenommen.

**Antrag 9: Anschaffung von Holzbearbeitungsmaschinen für die Baubehörde.** — Rosenquist (Arb.) wendet sich gegen die Vorlage. Der Staat müsse Rücksicht auf die Existenz der Gewerbetreibenden nehmen. Die Maschine würde auch viel teurer werden, als angegeben sei. — Senator Dr. Stoos erwidert, der Staat müsse zunächst für sich sorgen, damit billigere Arbeiten möglich seien. Der Plan sei von Fachleuten geprüft und befürwortet worden. — Rosenquist (Arb.) tritt nochmals für Ablehnung ein, worauf Senator Dr. Stoos die Vorlage wiederum verteidigt. — Rehl (Arb.) will Sachmann in dieser Sache sein und warnt für die Anschaffung der Maschine. — Die Vorlage wird angenommen.

**Antrag 10: Verkauf und Aufbau eines Gemüchshauses für die Friedhofsgärtnerei.** — Wolffert (Soz.) bittet die Vorlage abzulehnen, da die Sache sich nicht rentieren würde. — Senator Dr. Vermehren ist gegenwärtiger Ansicht und erklärt, daß das Haus auf dem Vorwerker Friedhof errichtet werden solle. — Ambrosius (Dem.) befürchtet eine starke Belastung des Staates, zumal die Instandhaltung und Heizung große Kosten erfordert. Er beantragt Ausschüßberatung. — Dieser Antrag wird nach weiterer kurzer Debatte angenommen.

**Antrag 11: Veräußerung von Industrielandereien.** — Haut (Soz.) beantragt Ueberweisung an den Bürgerausschuß. Es müsse die Frage einmal grundsätzlich geprüft werden, ob der Staat überhaupt noch Landereien veräußern dürfe. — Der Antrag Haut wird angenommen.

**Antrag 12: Nachbewilligung zu den Heizungskosten der Lübecker Seebadanstalt.** — Wird angenommen.

**Antrag 13: Verstärkung der Ausgabenansätze im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922.** — Reimpell (Soz.) tritt für Bewilligung ein, verlangt aber, daß der Senat demnach ein klares Bild über die Höhe der Beamtengehälter gibt. — Senator Dr. Vermehren hebt hervor, daß die Zahlen wenig nützen. Die Beamteneinstellung würde auf neuer Grundlage aufgebaut. — Neufeld (Dem.) ist gegen die Annahme der Vorlage, da die Bürgerschaft ihre Rechte nicht aus der Hand geben dürfe. Er wünscht Ausschüßberatung. — Senator Henze betont demgegenüber, daß davon gar keine Rede sei. Es handle sich um außergewöhnliche Verhältnisse, die außergewöhnliche Maßnahmen bedingten. — Dr. Gebhard (Soz.) unterteilt die Ansicht Neufelds. — Senator Dr. Vermehren versucht, diese Bedenken zu zerstreuen und tritt für die Vorlage ein. — Reimpell (Soz.) erklärt, daß bei einer Ausschüßberatung nichts herauskommen werde. — Haut (Soz.): Neufeld als Mitglied des Haushaltsausschusses hätte dort schon längst entsprechende Vorstöße machen können. Er hat das aber nicht getan. Es handelt sich nicht um die Aufgabe eines Budgetrechters, sondern um eine Maßnahme, die aus der Zeit der Not entstanden ist. Die Behörde soll lediglich das Recht haben, die Geldentwertung bewilligt zu können. In allen Fällen, wo die Bürgerschaft keine Bewilligung vorgenommen hat, muß die Bewilligung eingeholt werden. — Heilborn (Komm.) und Rehl (Arb.) sind gegen die Vorlage; Schöffler (Arb.) dafür. — Haut (Soz.) betont nochmals, daß die Bürgerschaft mit der Annahme der Vorlage keine Rechte preisgibt. Der vorgesehene Weg sei der einzig richtige. Um alle Zweifel zu beheben, schlägt er vor, daß die Finanzbehörde über alle ihre Maßnahmen der Bürgerschaft Bericht erstatte solle. Uebrigens sei die Finanzbehörde so zusammengesetzt, daß sie als ein Spiegelbild der Bürgerschaft anzusehen sei. — Senator Henze begrüßt den Antrag von Haut, der alle Zweifel beseitige. Die Finanzbehörde bewilligt nichts leichtfertig. Es kommen nur Dinge in Frage, die die Bürgerschaft schon bewilligt hat. Lediglich die Geldentwertung soll Bewilligung finden. — Evers (Soz.) spricht für den Antrag Haut, nur müsse dieser in richtiger Form gefaßt werden. Er beantragt die Vorlage an einen Sonderausschuß zu verweisen. — Dieser Antrag wird abgelehnt und die Vorlage mit dem von Haut gehaltenen Rufus angenommen.

**Antrag 14: Befreiung der Pflanzengärten.** — Wird angenommen.

**Antrag 15: Haushaltsplan der Fortverwaltung für das Rechnungsjahr 1922.** — Haut (Soz.) bittet als Berichterstatter des Ausschusses um Annahme der Vorlage. — Es wird so beschlossen.

**Antrag 16: Annullierung weiterer Bauklagen auf dem Heiligen-Geist-Ramp.** — Mandke (Dem.) ersucht um Annahme, während Gebhard (Soz.) für Ablehnung eintritt. Letzterer stellt den Antrag, daß die Klage innerhalb eines Jahres behaut sein müssen, andernfalls fallen sie an den Staat zurück. — Senator Henze betont, daß solche Bestimmungen schon längst bestehen. — Der Antrag Dr. Gebhard wird abgelehnt und die Vorlage angenommen.

**Antrag 17: Verkauf eines Bauplatzes in Rüditz an den Polizeimeister Gieseler.** — Wird angenommen.

**Antrag 18: Erhöhung der Sätze der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** — Wird angenommen.

**Antrag 19a: Erhöhung der Sätze der Sitzstuhlsitzer.** — Wird angenommen.

**Antrag 19b: Gewährung eines Ruhegeldes an den Wagenreifer Johann Becker.** — Wird angenommen.

**Antrag 20: Kautale Änderungen im Schulhaus Behlendorf.** — Wird angenommen.

**Antrag 21: Unterrichtliche Vorbereitung schwebelähmiger Kinder im Stadt- und Landamt.** — Dr. Bieth (Soz.) stellt namens des Ausschusses für Kunst und Wissenschaft einen Antrag, daß die Verwaltung künstlicher hässlicher Turmstrich dem öffentlichen Turmstrich übertragen werden. — Der Vorsitzende hält diesen Antrag nicht für zulässig und erklärt, daß auf rechtzeitigen Antrag Ausschüßberichte stets auf die Tagesordnung gesetzt wurden. — Die Vorlage wird angenommen.

**Antrag 22: Umbenennung der Straße der Burgwändchenstraße in Rüditz.** — Wird angenommen.

**Antrag 23: Gewährung einer Altersunterstützung an die Witwe des Apothekers Kempi.** — Wird auf Antrag Haut (Soz.) an den Haushaltsausschuß verwiesen.

**Antrag 24: Mittel für die Betriebsausgaben.** — Wird angenommen.

**Antrag 25: Weitere Beiträge für die Lübecker Volkshochschule.** — Dr. Kolke (Soz.) glaubt, daß nur wenig Hilfe von Arbeitern kommt werden. Die Höhe der Beiträge müsse so erhöht werden, daß sie zur Deckung der Kosten für die Lehrkräfte reiche. Heute gebe es nur die Hälfte ein. Mancher könne mehr als 40 Mk. Höhe der Beiträge zahlen. Die Rednerin beantragt Ausschüßberatung. — Senator Henze erklärt, die Höhe der Beiträge sei bedeutend

heraufgehoben worden. Einen größeren Sprung hätte man nicht mit einem Male machen können. Bei der nächsten Festsetzung würde eine Erhöhung nicht zu vermeiden sein. — Dr. Bieth (Soz.): Von Fr. Kolke sind keine anderen Ausführungen zu erwarten. Es ist ein altes Lied, das sie wieder einmal gesungen hat. Es wäre besser, sich mit dem Lehrplan für höhere Schulen zu beschäftigen. — Der Antrag auf Ausschüßberatung müsse abgelehnt werden. — Fr. Kolke (Soz.) verwahrt sich dagegen, daß sie als Begleiter der Volkshochschule hingestellt werde. Sie wolle nur Prüfung und Klärung der angeregten Fragen. — Der Antrag Kolke wird abgelehnt; der Senatsantrag angenommen. — 10 Uhr.

## Theater und Musik.

**Hansa-Theater.** „Ihre Hoheit die Tänzerin“, Operette in 3 Akten von Walter W. Götz. Zum Wiederertrag „Ihre Hoheit“ mit Gefolge ins Hansatheater hatten sich viele „Unterthanen“ eingefunden, von denen manche sich das bessere Spiel schon wiederholt angehört. Der Komponist Götz, bislang noch ziemlich unbekannt, hat sich mit den Schlägern dieses Jungtudes einen Platz an der goldenen Sonne gesichert, an der sich bisher nur Dehler, Fall und O. Strauß wärmten durften. Die „Instituten“ des Hansatheaters, an ihrer Spitze Lissy Niemi, verhält auch heuer wieder dem heiteren, von besonders wichtigen, oft sogar geistreichen Dialog von der Marke Oskar Felix belebten Werke zu durchschlagendem Erfolge. Ludwig Ziegler findet mit seiner warmen echten Tenorsstimme immer mehr Anklang. Paul Schüller hatte diesmal als Partenerin die zierliche und graziose Hansi Köstle im Arm, um sie buchstäblich „auf Händen“ zu tragen, während Reinhold Wolf seine beiden tomschen Ehehäupter zu Hause ließ, wodurch er Gelegenheit bekam, sich ganz und gar in seine ihm wie auf den Leib geschriebene Paraderolle zu vertiefen. Nur der Zigeuner Walter Steins ließ uns den nach Kopenhagen übergesetzten Cimbolekto Henry Wahls vom Vorjahre nicht vergessen. Wohlthuend wirkten wieder die Affektstücke der vielen Tanznummern, der reiche Kostümfundus Meister Sopers und die prächtigen Bühnenbilder, die diesmal Schöfflers Regie besorgt hatte. Auch das Orchester unter Kapellmeister Schmitt hat einen Anteil an dem Erfolge, die die Direktion des Hansatheaters mit „Ihre Hoheit der Tänzerin“ wieder buchen darf. S. . . . m.

## Aus aller Welt.

**Das Hafentanz im Reichsgericht.** Erwähnt sei eine kleine Episode, die jedoch, so unbedeutend sie an und für sich ist, darauf schließen läßt, welche Stimmung im Hause etlicher Richter vorherrscht. Im Zuschauerraum wurde ein Jüngling mit einem Hafentanz im Knopfloch von einem Mitglied des republikanischen Reichstages gestört. Als man die Personalien des jungen Mannes feststellen wollte, erfuhr man, daß er im Reichsgerichtshof sozusagen zu Hause ist. Es war nämlich der Sohn eines Reichsgerichtsrates.

**Was heute die Glöhe kosten,** das erfuhr eine Familie in Lehrte. Ein Kammerjäger hatte durch eine Ankündigung zur Verteilung allerlet Angezetzers sich empfohlen. Eine Familie erbat sich seinen Besuch; er erhielt Zutritt, in drei Zimmern die bekannten Hüpfen zu vernichten. Die ganze Arbeit nahm einen Zeitraum von 30 bis 45 Minuten in Anspruch, und als sie beendet war, präsentierten die beiden Herren ihre Rechnung, verlangten und erhielten, um Weiterungen aus dem Wege zu gehen, sage und schreibe 8630 Mk.

**20 000 Mark Steuer für ein Reitpferd.** Der Steuerauschuß der Stadtverordneten-Versammlung in Berlin hat beschlossen, die Steuer für Reitpferde in Reittinstituten von 600 auf 1200 Mk. zu erhöhen. Die Steuer für Reitpferde, die sich in Privatbesitz befinden, wurde verzehnfacht. Pferde, die zur Beförderung von Personen dienen, sollen zukünftig mit 1200 anstatt mit 800 Mk. versteuert werden. Gewerbetreibende sollen für jedes Pferd 400 Mark Steuern entrichten.

**Zeitungspreise in Wien.** Der monatliche Bezugspreis der großen Wiener Zeitungen hat sich jetzt auf 32 000 Kronen erhöht. Die Einzelnummer der Hauptausgabe kostet 1200 Kronen, an Sonn- und Feiertagen 1400 Kronen.

**Verheerender Waldbrand in Nordamerika.** Nach einer Meldung aus New York sind bei einem Waldbrand im Bezirk Ontario über 100 Personen getötet worden.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

### Zum Kapitel Wohnungsnot.

Trotz der großen Wohnungsnot steht seit längerer Zeit an der Oberstraße 19/2 eine Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern und Küche, unbenutzt. Dieses Haus ist von dem Produzenten L. am 8. Juli gekauft worden und sollte von ihm als Lagerraum benutzt werden. Da dieses vom Wohnungsamt nicht erlaubt wurde, stellte er in die Wohnung ungebrauchte Möbel hinein. Da Herr L. bisher alle vom Wohnungsamt gesandten Mieter abgewehrt hat, so hätte dieses Amt die Wohnung schon längst zwangsweise besetzen sollen. In der heutigen Zeit darf nicht geduldet werden, daß eine, wenn auch nur dürftige Wohnung monatelang unbenutzt bleibt. W. Sch.

## Neue Bücher.

„Die Rheinlande in der Franzosenzeit“. Ein neues Geschichtswerk von Dr. Alexander Conrad, das zu der in den letzten Jahren wieder aufgerollten Rheinfrage in strenger Sachlichkeit Stellung nimmt. (Verlag J. S. B. Dieck Nachf., Berlin, SW. 68. Ladenpreis brosch. 200 Mk., geb. 300 Mk.) Französische Annexionskriege haben schon eine ganze Bibliothek zusammengeschrieben, um die Welt zu überzeugen, daß die Rheinlande von Rechts wegen französisch sein müßten, es schon einmal gern gewesen seien und gewiß auch wieder gern sein würden. Diese Propaganda mag von vielen nicht recht ernst genommen worden sein, ist aber zweifellos eine Gefahr nicht nur für Deutschland und — bei wohlverstandener Eigeninteresse — für Frankreich, sondern für alle Welt. Die Ereignisse der großen Revolution und der napoleonischen Zeit haben gezeigt, daß eine Festlegung Frankreichs am deutschen Rhein nicht ohne die ungeheuerlichsten Konsequenzen denkbar ist. Sie zeigen auch, unter dem besonderen Gesichtspunkte der rheinischen Geschichte betrachtet, daß die Verstaatlichung, als wenn die Franzosen damals am Rhein gern gesehen worden seien, ernstlicher Prüfung durch unbefangene Untersuchung des Tatsachenmaterials nicht standhält. Aus dem reichen Inhalt des Werkes seien folgende Kapitel erwähnt: Der alte Rhein, die Revolutionszeit und der napoleonische Rhein. Die Revolutionszeit bis zur Rückeroberung von Mainz. Der Verlust des linken Rheinufers. Zisternen, Amerikaner, Fremdherrscher. Französische Herrschaft auf beiden Ufern. Das Ende der Fremdherrschaft.

### Quittung.

Auf einer Geburtstagsfeier in der Hundestraße wurden bei einer Bezeichnung 251 Mark für die Altershilfe vereinnahmt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Preßsachen Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Kunst und Gewerkschaften August Schulz; für Inland Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Neber & Co., Kämtisch in Lübeck.